

Ethnisch aufgeladen. Israels Gesellschaft ist in sich gespalten. Von Moshe Zuckermann ■ Seite 2

Recht auf Rückkehr. Ein Gespräch mit Salman Abu Sitta über Vertreibung und Gazakrieg ■ Seiten 8/9

Nakba ohne Ende. Helga Baumgarten über die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ■ Seite 12

DE TAGESZEITUNG
junge Welt

Naher Osten

Eine Beilage der Tageszeitung **junge Welt** | Mittwoch, 15. Mai 2024, Nr. 112



Symbol für das Recht auf Rückkehr: Das Ehepaar Hafez lebt im Flüchtlingslager Al-Dschalasin nahe Ramallah und bewahrt die Schlüssel zu ihren Häusern, aus denen sie vertrieben wurden, auf – wie Hunderttausende weitere Palästinenser (14.5.2011)

IMAGO/XINHUA

Palästina in Trümmern

Nach 76 Jahren ist der durch Israels Staatsgründung befeuerte Territorialkonflikt zerstörerischer denn je. **Von Ina Sembdner**

Die aktuelle Eskalation im sogenannten Nahostkonflikt bedarf der Kontextualisierung. Diese Beilage, die am 76. Nakba-Tag erscheint, versucht dazu einen Beitrag zu leisten. Die Nakba – das arabische Wort für Katastrophe – markiert den Beginn von massenhafter Vertreibung, Zerstörung, Gewalt und Tod für zunächst Hunderttausende und mittlerweile Millionen Palästinenser. Um zu verstehen, was am 7. Oktober passiert ist und in dessen Folge passiert, ist es notwendig, sich die vergangenen 76 Jahre seit der Staatsgründung Israels anzuschauen – mindestens, denn die Geschichte der kolonialen Bewegung des Zionismus reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück.

Knut Mellenthin seziiert in seinem Text »Wie ›die Welt‹ Palästina teilte« die von der israelischen Propaganda vorgegebene und vom westlichen Mainstream weitgehend übernommene Vorstellung eines globalen Schulterschlusses zur Landfrage in dem britisch verwalteten Gebiet. Während

»die Welt« 1947 eine kolonial und imperial dominierte war, leben heute in den damals marginalisierten Regionalgruppen der UNO rund 75 Prozent der Weltbevölkerung. Was folgte, war Gewalt und Vertreibung. Der palästinensische Geograph und Historiker Salman Abu Sitta schildert im Gespräch mit Jamal Iqrith, wie er die Zeit der Nakba als Zehnjähriger miterleben musste. Er hat detailliert ausgearbeitet, wie es möglich wäre, das von der UNO garantierte Recht auf Rückkehr umzusetzen.

Ungeachtet dessen, ist man in Israel zum hochtechnologisierten Töten übergegangen. Jakob Reimann schildert in »Heiliges Land hochgerüstet« die Entwicklung von jüdischen Selbstverteidigungseinheiten und Terrorgruppen bis hin zum Einsatz tödlicher künstlicher Intelligenz im aktuellen Gazakrieg. Unterstützung in Form von Rüstungslieferungen erhielt und erhält Israel dabei von finanzstarken Verbündeten, allen voran den USA, gefolgt von Deutschland, als junger Staat aber auch von der Tschechoslowakei. »Die bedingungslose Unterstützung Israels« ist ei-

nes der Kernprobleme, die der israelische Journalist Gideon Levy für die anhaltende Gewalt und die Kriege verantwortlich macht. Dafür, dass sie auch in politische Entscheidungen umgemünzt wird, sorgt die besonders in den USA mächtige Israel-Lobby. In dem Land selbst sorgt der vom israelischen Historiker Moshe Zuckermann analysierte »Riss zwischen unten und oben« für eine tiefgehende Spaltung der Gesellschaft: Während die aus Europa eingewanderten Aschkenasim die Eliten des Landes stellen, sammeln sich die sozioökonomisch abgehängten Mizrachim in religiös-ideologischen Parteien wie der »Schas«.

Auch im aktuellen Krieg taucht immer wieder die Frage nach der Verantwortung arabischer Staaten auf. Wiebke Diehl kann in ihrem Text nur den »Verrat an Palästina« konstatieren. Während sich die Risse im arabischen Gefüge bereits vor der Staatsgründung Israels zeigten, begann mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al-Sadat 1979 der bis heute fortgesetzte Weg der »Normalisierung« – immer im

Spannungsfeld mit jeweils deutlich palästinensolidarischen Bevölkerungen. Aber auch das bedeutet für die Hunderttausenden, die während der Nakba vertrieben wurden und in diesen Ländern Zuflucht fanden, keine Besserung. Sie leben dort zumeist in Flüchtlingslagern »Ohne Staat, ohne Rechte«, wie Karin Leukefeld an den Beispielen Syrien, Jordanien und Libanon nachzeichnet.

In ihrem von Israel besetzten Land selbst erfahren Palästinenser jedoch Gewalt, Zerstörung und den Entzug der Lebensgrundlagen. Helga Baumgarten beschreibt in ihrem Text »Nakba ohne Ende«, wie radikale Siedler in ihrem kolonialistischen Vorgehen von Staat und Polizei geschützt werden und wie dadurch einer Zweistaatenlösung faktisch der Boden entzogen wurde. Daher gilt es, alternative Lösungen für den Territorialkonflikt zu finden. Jörg Tiedjen widmet sich in »Zwischen Utopie und Realismus« der Idee einer gemeinsamen Staatlichkeit mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten für alle.

”

Ich habe seit 2006 nicht mehr auf meiner rechten Seite geschlafen, weil meine Schulter und mein Schulterblatt zerstört wurden. Ein israelischer Scharfschütze hat mir dreimal in die Brust und neben das Herz geschossen, als ich über die Invasion von Beit Hanun berichtete, einem Journalisten.

Die Zitate dieser Beilage hat der Medienmanager Hamzé Attar am 22. April auf X auf die Frage »Wie Israel mein Leben ruiniert hat« veröffentlicht.

Riss zwischen unten und oben

Sozioökonomischer Gegensatz von Aschkenasim und Mizrachim wird in israelischer Gesellschaft ethnisch aufgeladen. **Von Moshe Zuckermann, Tel Aviv**

Moshe Zuckermann ist ein israelischer Sozialwissenschaftler und emeritierter Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Er ist Autor verschiedener Bücher zum Nahostkonflikt.



Ich habe meinen Großvater nie gesehen, weil er als Flüchtling in Syrien lebte und wir Syrien nicht besuchen konnten, weil wir staatenlos waren.

Zwei weitere Beiträge, die in der gedruckten Fassung dieser Beilage keinen Platz gefunden haben, veröffentlichen wir online auf junge-welt.de

Naher Osten

erscheint als Beilage der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion:
Ina Sembdner (V.i.S.d.P.)
Anzeigen:
Elisabeth Nolte
Bildredaktion:
Ivett Polyak-Bar Am
Gestaltung:
Michael Sommer

Am Mittwoch, 29.5., erscheint das *jW-Spezial Kinder*

Es ist kein Geheimnis, dass die israelische Gesellschaft von einem gravierenden, gleichwohl über Jahre heruntergespielten ethnischen Moment durchwirkt ist. Der historische Hintergrund dürfte bekannt sein: Der zionistische Staatsgedanke, ob in seiner liberal-bürgerlichen Version deutscher bzw. österreichischer Provenienz oder in seiner sozialistischen Ausprägung, wie sie sich in Osteuropa herausbildete, war im Kern den europäischen Nationalstaatsbildungen und den mit diesen einhergehenden nationalen Befreiungsbewegungen verpflichtet. Nicht nur verstand er sich (zumindest formell) als säkular in seiner Ausrichtung und westlich-modern in der angepeilten Herrschaftsform, sondern die Träger jenes Gedankens an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatten vor allem das Bild des europäischen Juden vor Augen, wenn sie an die im jüdischen Staat künftig zu errichtende Gesellschaft dachten. Die orientalischen Juden bzw. Mizrachim traten kaum in ihr Blickfeld; ihre Rezeption in der prästaatlichen Ära Israels zeichnete sich durch eine eher exotisch-romantisierende Einfärbung der fremd anmutenden Gestalten aus, die allerdings noch keinen gravierenden sozialen Faktor in der sich allmählich herausbildenden jüdischen Gemeinschaft in Palästina darstellten.

Die Situation änderte sich dramatisch mit der israelischen Staatsgründung im Jahre 1948, als sich infolge des Krieges die demographische Situation einer aus etwa 650.000 im neuen Staat lebenden Juden und circa 150.000 nach Vertreibung und Flucht gebliebenen palästinensischen Arabern zusammengesetzten Gesellschaft ergab. Nicht von ungefähr wurde alsbald ein vom Staat organisierter »Import« (zionistisch motivierter) Juden nach Israel gestartet. Da aber ein Großteil des europäischen Judentums im Holocaust vernichtet worden war (und ein beträchtlicher Teil der Überlebenden nicht nach Israel wollte), wurde eine intensive zionistische Tätigkeit unter Juden in arabischen Ländern betrieben, die im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung drei große Einwanderungswellen zeitigte: die Immigration der jemenitischen, der irakischen und der marokkanischen Juden. Innerhalb einer Dekade verdreifachte sich die Zahl der in Israel lebenden Juden und stieg auf 1,8 Millionen an.

Weg versperrt

Die verschiedenen Einwanderungsgruppen unterschieden sich in ihrer Bildung und Ausbildung, in ihren sozioökonomischen Prädispositionen und ihren lebensweltlichen Praktiken und Gewohnheiten. Die Händler aus dem Bagdader jüdischen Bürgertum wie auch die irakisch-jüdischen Kommunisten, die ins Land kamen, zeichneten sich durch ganz andere soziale, politische und wirtschaftliche Erfahrungen und entsprechende Aspirationen aus als etwa die aus dem Atlasgebirge und anderen wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten stammenden marokkanischen Juden mit eher landwirtschaftlichen Traditionen. Erwähnt sei freilich, dass große Teile des jüdisch-marokkanischen Großstadtbürgertums (wie auch aus anderen Ländern des Maghreb) nach Frankreich emigriert waren. Und doch kann pauschal behauptet werden, dass die ethnische Unterteilung der jüdisch-israelischen Gesellschaft in aschkenasisch und mizrachisch (die arabische Bevölkerung Israels soll hier unerörtert bleiben) eine klare sozioökonomische Dimension aufweist: Während sich die oberen Sozialschichten zum größten Teil aus aschke-



Mit Gewalt und Zerstörung vertrieben: Flucht durch die Bucht von Haifa nahe der Hafenstadt Akko

nasischen Juden zusammensetzen, bestehen die unteren zumeist aus Mizrachim. Nicht nur ergab sich daraus über Jahrzehnte eine objektiv wirkende wirtschaftliche Unterprivilegierung dieser sozialen Gruppen, mehr noch blieb ihnen der Aufstieg in die Eliten in den Bereichen der Wissenschaft, der Justiz, des Militärs, der Politik, der Ökonomie und der Kultur weitgehend versperrt. Es ging dabei weder um formelle Verordnungen noch um hermetische Undurchlässigkeit, sondern eben um das, was gewöhnlich die Hegemonie einer sozialen Gruppe ausmacht.

Symptomatisch war die Reaktion der aschkenasischen Ministerpräsidentin Golda Meir zu Beginn der 1970er Jahre, die den sozialen Aufstand der vor allem in den Jerusalemer Slums aufgewachsenen jungen Mizrachim (der sogenannten Black Panthers) mit dem arroganten Bescheid quittierte, sie seien »nicht nett«. Diese fehlende Sensibilität indizierte etwas von dem, was späterhin zum leitenden Thema des ethnischen Diskurses in Israel heranwachsen sollte: die Überheblichkeit der Aschkenasim den Mizrachim gegenüber.

Dieser sich auf die Gesellschaftsstruktur auswirkenden ethnischen Tendenz galt eine Mitte der 1980er Jahre einsetzende Gegenbewegung. Zum einen trat eine gut ausgebildete, begrifflich wie theoretisch versierte mizrachische kritische Intelligenz in Israels öffentliche Sphäre ein, die die Herrschafts- und Machtverhältnisse im Bereich der Kul-

tur, der Wirtschaft und der Politik radikal zu hinterfragen begann, wobei sie zunehmend das gesamte zionistische Projekt als westlich-aschkenasisch, mithin repressiv, in Frage stellte. Zum anderen wurde die »Schas«-Partei gegründet, eine politische Institution, die als Interessenvertreterin einer religiös orthodoxen und sozial unterbemittelten Klientel auftrat und deren ethnische Einfärbung zum Programm erhob.

Wie sehr sich in dieser Parteigründung ein gravierendes soziokulturelles Moment widerspiegelt, lässt sich an den Wahlergebnissen der folgenden Jahrzehnte ermesen: »Schas« erfuhr einen Anstieg von vier anfänglichen Mandaten Mitte der 1980er Jahre auf 17 in den Nullerjahren, um sich seitdem bei rund zehn zu »etablieren«. Dabei wirken sich höchst gegensätzliche, teils widersprüchliche politische und kulturelle Codes im Selbstverständnis der Partei aus. Zwar ist sie (im Gegensatz zu den traditionellen aschkenasisch-orthodoxen Parteien) bestrebt, Machtpositionen in der Politik auf ministerieller Ebene zu erobern, aber sie versteht sich als nicht- (wenn auch nicht gerade rigoros anti-)zionistisch. Ihr verstorbener geistiger Führer, Rabbiner Ovadia Joseph, hing in außenpolitischen Fragen eher moderaten, friedensmotivierten Anschauungen an, wohingegen ein Großteil seiner Parteianhänger rechtsnationalistisch, zum Teil auch deutlich araberfeindlich eingestellt ist.

Auffangbecken für Abgehängte

Das soziale und ökonomische Netzwerk, das die Partei für ihre Klientel gebildet hat, wird vom Staat finanziert, versteht sich aber zumindest in kulturellen bzw. erzieherischen Belangen als religiös autonom. Dass dabei mit diesem Netzwerk der Armutszirkel, in dem sich die meisten Parteianhänger befinden, mitnichten durchbrochen wird, wird nicht zum Politikum erhoben. Autoritäre Muster und Strukturen wirken sich denn auch deutlich auf den Zusammenhalt der politischen Organisation aus. Getragen wird die Bewegung vor allem durch das allen inneren Gruppierungen innerhalb der Partei gemeinsame religiöse Moment und – nicht minder brisant – durch das ethnische Ressentiment.

Als Ovadia Joseph seinerzeit behauptete, die Holocaustopfer des europäischen Judentums seien alle »wiedergeborene Sünder« gewesen, vermengten sich beide Momente zu einem einheitlichen Code: Nicht nur wiederholte der Rabbiner in seiner Feststellung eine Denkfigur der religiös-orthodoxen Auseinandersetzung mit dem Holocaust, derzufolge er als Gottes Bestrafung des jüdischen Volkes für begangene Sünden zu deuten sei, sondern er ließ auch mutatis mutandis eine latente ethnische Komponente in seine Aussage hineinfließen. Denn wenn der Holocaust nahezu ausschließlich aschkenasischen Juden widerfuhr, diese aber als »wiedergeborene Sünder« apostrophiert werden, dann hieße das auch, dass aschkenasische Juden Sünde in sich trügen und – bei konsequenter Auslegung der Behauptung – ihre Strafe in Form der weltgeschichtlichen Katastrophe zu Recht erhalten hätten. Es gab selbstverständlich den sofortigen obligatorischen Aufschrei in Israel, und der Rabbiner verwandelte flugs die »wiedergeborenen Sünder« in »Heilige«. Gleichwohl sollte man sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen: Es ging dabei um eine ethnische Kodierung des israelischen Holocaustdiskurses, der so wenige Jahre zuvor unmöglich gewesen wäre, heute aber zum Teil auch die neuen in der politischen Sphäre vorherrschenden Machtverhältnisse erkennen lässt.

Israel durchläuft in den vergangenen Jahren eine Phase der Umstrukturierung der vom traditionellen Zionismus etablierten Herrschaftsverhältnisse, gesellschaftlichen Praktiken und kulturellen Konventionen. Dass dabei das Religiöse zum Hebel »legitimer« Machtkämpfe avanciert ist, mag etwas mit dem innerjüdischen, schon in der Ideologie des klassischen Zionismus latent angelegten »Kulturkampf« zu tun haben. Dass das Ethnische so in den Vordergrund treten kann, wurzelt, strukturell in der Vorgeschichte des zionistischen Staates, zeichnet sich heute aber eindeutig durch ideologischen Charakter aus. Denn nicht nur trägt das Ressentiment dazu bei, vom wahren – sozioökonomisch sich auswirkenden – Faktor der Diskriminierung abzulenken, sondern es ist auch das denkbar schlechteste Mittel, die die israelische Gesellschaft beutelnden Probleme und Konflikte, von denen das ethnische nicht das geringste ist, rational anzugehen.

ANZEIGE

Wir fordern die Einhaltung des internationalen Rechts! Wir fordern die Einhaltung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates!

So u.a. die Resolutionen: 242 (1967), 252 (1968), 2.334 (2016) und 1.397 (2002)!



**Den Frieden gewinnen
und nicht den Krieg!
Stopp Aufrüstung und
Waffenlieferungen!**

Freundeskreis „Ernst Thälmann e.V.,
Ziegenhals – Berlin“
Jonasstraße 29, 12053 Berlin,
www.etg-ziegenhals.de

Am 29. November 1947 stimmte die UN-Vollversammlung mit der Resolution 181 der Empfehlung einer Kommission zu, das britische Mandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. 56 Prozent der Fläche sollte dem Staat der Juden zufallen, die rund ein Drittel der Bevölkerung Palästinas ausmachten, während der arabische Staat mit 42 Prozent deutlich kleiner sein sollte. Jerusalem und seine Umgebung mit den übrigen zwei Prozent sollte als »internationale Zone« unter Verwaltung der UNO gestellt werden. Eine Entscheidung der Vollversammlung war erforderlich geworden, nachdem Großbritannien im Februar 1947 mitgeteilt hatte, es werde in nächster Zeit das Mandat für Palästina, das ihm der Völkerbund als Vorgänger der UNO 1922 übertragen hatte, niederlegen. Daraufhin war im Mai 1947 ein UN-Spezialkomitee für Palästina, UNSCOP, eingesetzt worden.

Irreführung

Die Darstellung des Vorgangs in der israelischen Propaganda sieht so aus: In Form der Resolution 181 sei eine demokratische und verbindliche Mehrheitsentscheidung der »Weltgemeinschaft« gefallen. Die jüdische Seite habe diese Entscheidung angenommen, die arabische Seite hingegen habe sie abgelehnt. Dadurch sei es zum Krieg gekommen, der den jüdischen Bewohnern des Mandatsgebiets aufgezwungen worden sei. Israels »internationale Legitimität« sei »eng mit der Teilungsresolution verbunden«.

Vieles an dieser Erzählung ist falsch oder irreführend:

1. Die UN-Vollversammlung stimmte lediglich einer Empfehlung zu, ordnete jedoch keine Maßnahmen rechtsgültig an. Sie übernahm auch keine tatsächliche Verantwortung für die Umsetzung des »Teilungsplans«. Folglich entstand durch den Beschluss keine völkerrechtliche Legitimität.

2. Nicht »die Juden« Palästinas insgesamt akzeptierten die Resolution, sondern deren damalige Vertreter. Für den ultrarechten, terroristischen Flügel des Zionismus, der unter dem Namen Irgun operierte, erklärte dessen Führer Menachem Begin am 30. November 1947: Die »Teilung des Heimatlandes« sei illegal und unmoralisch. Sie werde »niemals anerkannt werden«. Die Unterschriften von Institutionen und Individuen unter das Teilungsabkommen seien »ungültig«, das jüdische Volk sei daran nicht gebunden. »Eretz Jisrael« – eine sagenhafte Fiktion, deren angestrebte Grenzen noch keine israelische Regierung definiert hat – werde »wiederhergestellt« werden, »insgesamt und für immer«.

Da die Irgun fortwährend mit Terrorangriffen gegen die arabische Bevölkerung vorging, waren diese Worte keine folgenlose Deklaration, sondern repräsentierten einen besonders radikalen und barbarischen Teil der militärischen Eskalation durch die Zionisten, die unmittelbar nach der »Teilungsresolution« einsetzte. Über die politische Stärke der sich offen bekennenden Terroristen im zionistischen Spektrum gibt die Tatsache Auskunft, dass die von Begin gegründete Cherut bei der ersten Parlamentswahl am 25. Januar 1949 mit 11,45 Prozent viertstärkste Partei wurde. In den Jahren 1977 bis 1983 war Begin Premierminister. 1988 schloss die Cherut sich mit anderen Organisationen zur Partei Likud zusammen, an deren Spitze seit 2005 ununterbrochen Benjamin Netanjahu steht.

3. Die UNO zur Zeit der Resolution 181 bildete die damalige – von einer relativ kleinen Zahl imperialistischer und kolonialistischer Staaten – aufgeteilte und dominierte Welt ab. Dass der »Teilungsplan« eine sozusagen demokratische, völkerrechtliche Legitimität gehabt habe, ist schon von diesen Voraussetzungen her auszuschließen und zurückzuweisen. Am 29. November 1947 stimmten 33 Länder für die Resolution, 13 dagegen, und es gab zehn Enthaltungen.



Die Bilder haben sich in den vergangenen 76 Jahren kaum verändert: Menschen fliehen vor den Bomben aus Rafah (6.5.2024)

Wie »die Welt« Palästina teilte

UN-Teilungsplan war Ergebnis einer von Kolonial- und Imperialmächten dominierten Ordnung. **Von Knut Mellenthin**

Außerdem ließ Thailand zu Protokoll geben, es sei »abwesend«. Insgesamt hatte die UNO damals 57 Mitglieder. Gegenwärtig sind es 193. Mit nur zwei Ausnahmen, Indien und Griechenland, kamen die Gegenstimmen von Ländern mit muslimischer Mehrheit. Der Sitz Chinas in der Weltorganisation wurde noch bis 1971 vom Guomindang-Regime eingenommen, das seine Truppen und Verwaltung 1949 nach Taiwan evakuiert hatte.

Die bei weitem wichtigsten Veränderungen in der UNO gegenüber der damaligen Situation haben sich durch die Entkolonialisierung in den Regionalgruppen Afrika und Asien-Pazifik ergeben. Der gesamte afrikanische Kontinent war 1947 nur mit vier Staaten vertreten, darunter das von weißen Rassisten beherrschte Südafrika und Liberia, das wegen seiner Kautschukproduktion völlig von den USA abhängig war. Inzwischen gibt es 54 afrikanische UN-Mitglieder. Elf Staaten gehörten damals zur Regionalgruppe Asien-Pazifik, gegenwärtig sind es 53. Insgesamt leben in diesen beiden Regionalgruppen heute rund 75 Prozent der Weltbevölkerung.

Sowjetische Unterstützung

Eine nicht mehr allgemein bekannte Besonderheit der Abstimmung am 29. November 1947 war: Die Sowjetunion und die übrigen Mitglieder der osteuropäischen Regionalgruppe – Weißrussland, Ukraine, Tschechoslowakei und Polen – stimmten mit Ausnahme Jugoslawiens, das sich enthielt, für die Teilungsempfehlung. Staats- und Parteichef Josip Broz Tito ging damals schon Sonderwege, die im Juni 1948 zum Ausschluss seines Landes aus dem von der Sowjetunion dominierten überstaatlichen Bündnis kommunistischer Parteien, Kominform, führten.

Dass Moskau dazu neigte, auch gegen den Willen der arabischen Seite einer Teilung Palästinas zuzustimmen, war erstmals am 14. Mai 1947 durch eine Rede des russi-

schen Vertreters bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, deutlich geworden, die weltweit Überraschung ausgelöst hatte. Gromyko ging darin von der allgemein anerkannten Tatsache aus, dass Großbritannien bei der Umsetzung des Mandatsauftrags gescheitert und der gegenwärtige Zustand zwischen den streitenden Bevölkerungsgruppen nicht länger aufrechtzuerhalten sei. Grundsätzlich sei die Sowjetunion der Ansicht, dass es »keine einseitige Lösung« gegen den Willen einer der beiden Bevölkerungsteile geben dürfe. »Die Schaffung eines einzigen arabisch-jüdischen Staates mit gleichen Rechten für Juden und Araber« wäre eine der besten Arten, »dieses komplizierte Problem zu lösen«. Nur im Fall, dass sich das als unmöglich erweisen sollte, würde die Sowjetunion eine Teilung befürworten. Schwer ins Gewicht fielen dabei, so Gromyko, die außergewöhnlichen Leiden und Menschenverluste des jüdischen Vol-

kes durch den deutschen Faschismus und die verzweifelte Lage von Hunderttausenden Überlebenden nach dem Krieg.

Die sowjetische Unterstützung für den entstehenden jüdischen Staat beschränkte sich keineswegs nur auf die Zustimmung zur »Teilungsresolution«. Während die von Präsident Harry S. Truman geführte US-Regierung anschließend ein Waffenembargo über die gesamte Region verhängte, erhielt die zionistische Seite mit aktiver Zustimmung Stalins und seines Außenministers Molotow militärische Lieferungen in bedeutendem, vielleicht sogar entscheidendem Umfang. Sie bestanden hauptsächlich aus Infanteriewaffen wie Gewehren, Maschinengewehren und Pistolen mitsamt der Munition. Obwohl seit dem Ende der Sowjetunion viele Dokumente zugänglich wurden, gibt es über Stalins Motive für die Unterstützung Israels – die schon um 1950 endete – nur Vermutungen.



”

Ich traf nur einen meiner Onkel und Tanten, während ich die anderen nie gesehen habe, weil sie bis zu ihrem Tod in Flüchtlingslagern leben mussten; Selbst als ich meinen Ausweis bekam, durfte ich nicht vorbeikommen.

ANZEIGE

Köpenicker Straße 8, 10997 Berlin-Kreuzberg
 Tel.: 030/6 11 90 09, Fax: 030/6 17 57 50.
 Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 14–18.30 Uhr, Sa. 10–14 Uhr

Die bedingungslose Unterstützung Israels

Umgeben mit Schilden und Mauern gegen Palästinenser: Über den Zustand der israelischen Gesellschaft. **Von Gideon Levy**



Mein Vater und seine Schwestern und Brüder mussten 1967 zu Fuß von Gaza nach Jordanien gehen; Während der Reise erkrankte mein Onkel Hamed, und das Fieber beeinträchtigte sein Hörvermögen. Als ich aufwuchs, redete ich mit meinem einzigen Onkel, den ich traf, und er konnte weder meine Stimme noch die seiner Kinder hören.

Seit 2015 organisiert der American Educational Trust, Herausgeber des *Washington Report on Middle East Affairs* in Zusammenarbeit mit dem »Institute for Research: Middle Eastern Policy« jährliche Konferenzen zur Israel-Lobby in den USA. Diese sollen laut eigener Aussage »ein Forum für Frieden und Gerechtigkeit in der US-Nahostpolitik« bieten. Die Konferenzen wenden sich »gegen antimuslimische, antijüdische, weißnationalistische und alle anderen Formen von Rassismus und Bigotterie, die sich gegen eine Person oder Gruppe richten«. Zurückgewiesen wird der Vorwurf des Antisemitismus, »wenn er fälschlicherweise benutzt wird, um legitime Kritik an Israels Politik und Praktiken zum Schweigen zu bringen«. Im ersten Jahr stand die Konferenz in den Räumen des Washingtoner National Press Club unter dem Titel: »Die Israel-Lobby: Ist sie gut für die USA? Ist sie gut für Israel?« Eingeladen war auch der langjährige Herausgeber und Kommentator der linksliberalen israelischen Tageszeitung *Haaretz*, Gideon Levy. An dieser Stelle dokumentiert *junge Welt* den Redebeitrag Levys, in dem er den Zustand der israelischen Gesellschaft kritisch beleuchtet. (jw)

Ich wurde in Tel Aviv geboren. Ich bin in Tel Aviv aufgewachsen. Ich war ein sehr guter Junge in Tel Aviv. Ich habe in der israelischen Armee gedient. Ich habe etwas getan, was noch viel schlimmer ist als das. Ich arbeitete vier Jahre lang mit Schimon Peres, dem damaligen Führer der israelischen Opposition, in den späten 70er und frühen 80er Jahren. Und erst Ende der 80er Jahre, als ich anfing, als Journalist in die besetzten Gebiete zu reisen, wurde mir klar, dass sich das größte Drama Israels eine halbe Stunde von unserem Zuhause entfernt abspielt, in unserem dunklen Hinterhof. Dass dieses wahre Drama Israels

fast niemanden interessiert. All diese Verbrechen finden statt, und wir Israelis – die meisten von uns, wenn nicht alle – wollen es nicht wissen, wissen es nicht und vor allem interessiert es uns nicht.

Ich habe viele Jahre gebraucht, um zu verstehen, wie das kommt. Bei jeder Katastrophe auf der Welt sind die Israelis immer die ersten, die Rettungsteams mit Feldlazaretten schicken. Viele Israelis würden jeder alten Dame über die Straße helfen, auch wenn sie gar nicht über die Straße will. Menschen mit Werten. Wie kommt es, dass diese Gesellschaft seit so vielen Jahren mit diesem Drama in ihrem Hinterhof lebt und sich dabei so gut fühlt und so wenig moralische Zweifel hat, wenn überhaupt? Wie ist das möglich? Wie ist es möglich, dass die meisten Israelis – nicht alle – zutiefst davon überzeugt sind, dass die IDF die moralischste Armee der Welt ist? Wie kommt es, dass wir in Frieden damit leben, wenn sich diese Realität so nahe an unserem Zuhause abspielt, nicht über die Ozeane, sondern nur eine halbe Stunde von unserem Zuhause entfernt? Dass wir damit weitermachen, dass es keinen Widerstand gibt, fast nichts?

Als ich zum ersten Mal die Einladung erhielt, hierherzukommen, waren die ersten Worte »Israel-Lobby«, und ich sagte: »Wow, sie haben mich eingeladen. AIPAC hat mich eingeladen.« Und dann sagte ich: »Das ist die Chance meines Lebens. Und ich werde nach Washington kommen und ihnen sagen: Hört zu, mit Freunden wie euch braucht Israel keine Feinde.« Aber dann lese ich weiter und ich lese, dass ich das Privileg habe, zu einem anderen Forum eingeladen zu werden, nicht gerade AIPAC, und auch nicht die Anti-Defamation League, aber ich kann von hier aus sagen, dass wir es mit einer korumpierenden Freundschaft zu tun haben. Ich glaube, wenn es die Israel-Lobby nicht gäbe, wäre Israel heute ein besserer Ort zum Leben. Israel wäre ein gerechterer Ort gewesen.

Und ich glaube, dass die Vereinigten Staaten ohne die Israel-Lobby ein besserer und demokratischerer Ort gewesen wären. Aber es steht mir nicht zu, über die amerikanische Politik zu urteilen. Und doch haben wir es letztendlich mit einem Rätsel zu tun, denn nichts kann es wirklich erklären. Nichts kann erklären, wie eine Regierung nach der anderen, ein Gesetzgeber nach dem anderen denselben Weg einschlägt, der in so vielen Fällen den amerikanischen Interessen, dem Völkerrecht, den Menschenrechten, den moralischen Werten und so weiter widerspricht.

Leben in Verleugnung

Kann es nur diese kleine Gruppe sein, so mächtig wie sie ist? Ist das die vollständige Erklärung? Ich bezweifle es, aber das ist für Sie zu entscheiden, nicht für uns in Israel. Aber für uns – oder zumindest für mich – ist es sehr klar. Denken Sie an einen Verwandten oder einen Freund von Ihnen, der, Gott bewahre, drogenabhängig ist. Es gibt zwei Möglichkeiten, mit ihm umzugehen. Die eine ist, ihn mit Geld zu versorgen, und er wird gehen und mehr Drogen kaufen. Er wird Ihnen sehr dankbar sein und Sie zu schätzen wissen. Er wird Ihnen sagen: Du liebst mich. Die andere Möglichkeit wäre, ihn in ein Rehabilitationszentrum zu schicken. Er wird so wütend auf Sie sein. Aber was ist echte Fürsorge, was echte Liebe und was echte Freundschaft? Und hat irgend jemand in diesem Saal auch nur den geringsten Zweifel daran, dass Israel besatzungsstüchtig ist?

Deshalb ist diese Konferenz hier für mich so entscheidend und so wichtig. Denn wir müssen uns der Realität stellen, und die Realität ist, dass es keine Chance für einen Wandel innerhalb der israelischen Gesellschaft gibt – auf keinen Fall. Ich werde versuchen zu erklären, warum. Aber wenn dies der Fall ist, besteht die einzige Hoffnung in einer internationalen Intervention, und die einzige Hoffnung geht von hier aus, von den Vereinigten Staaten, von der EU, nur von dort. Denn die israelische Gesellschaft ist heute bei weitem zu gehirngewaschen, das Leben in Israel ist bei weitem zu gut. Und Israel, seien wir ehrlich, ist eine Gesellschaft, die in Verleugnung lebt, völlig abgekoppelt von der Realität. Wäre es eine Privatperson, würde ich entweder Medikamente oder einen Krankenhausaufenthalt empfehlen, denn Menschen, die den Bezug zur Realität verlieren, können sowohl für sich selbst als auch für die Gesellschaft sehr gefährlich werden.

Und die israelische Gesellschaft hat den Bezug zur Realität verloren. Sie hat den Bezug zur Realität in ihrem Hinterhof verloren. Sie hat den Bezug zum internationalen Umfeld völlig verloren. Wirklich zu glauben, dass fünf Millionen Juden es besser wissen als sechs Milliarden Menschen auf der Welt? Glauben Sie wirklich, dass fünf Millionen Juden für immer von ihrem Schwert leben können? Gibt es ein einziges Beispiel in der Geschichte, in dem ein Land ewig von seinem Schwert leben konnte – ein Reich? Glauben Sie wirklich, dass es im 21. Jahrhundert akzeptabel ist, das Völkerrecht zu ignorieren, die internationalen Institutionen zu missachten und sich nur auf die Vereinigten Staaten und

Mikronesien zu verlassen – vergessen wir diesen Freund Israels nicht – und neuerdings auch auf die Tschechische Republik? Vielen Dank, und Kanada, Ihr Nachbar, natürlich. Wenn ich heute Konferenzen wie diese hier sehe, gibt mir das wieder etwas Hoffnung, dass sich etwas ändern könnte, denn der Wandel wird hier stattfinden müssen. In Israel ist es ein verlorener Fall – vergessen Sie es.

Die israelische Gesellschaft hat sich mit Schilden, mit Mauern umgeben, nicht nur mit physischen Mauern, sondern auch mit mentalen Mauern. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, denn das wäre ein weiterer Vortrag. Aber ich werde nur die drei Prinzipien nennen, die es uns ermöglichen, so leicht mit dieser brutalen Realität zu leben. Die meisten Israelis, wenn nicht sogar alle, glauben fest daran, dass wir das auserwählte Volk sind. Und wenn wir das auserwählte Volk sind, haben wir das Recht zu tun, was wir wollen. Es gab in der Geschichte schon brutaler Besetzungen. Es gab sogar noch längere, auch wenn die israelische Besetzung eine recht gute Bilanz aufweist. Aber es gab in der Geschichte noch nie eine Besetzung, bei der sich der Besatzer als Opfer darstellte – nicht nur als Opfer, sondern als einziges Opfer überhaupt. Das ermöglicht es auch jedem Israeli, in Frieden zu leben, denn wir sind die Opfer.

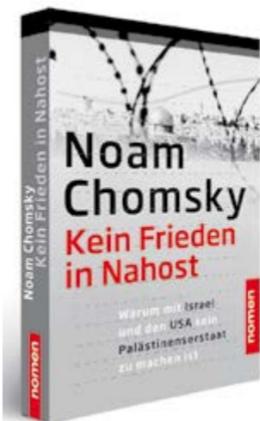
Benjamin Netanjahu kam nach den Terroranschlägen in Paris und Kopenhagen mit der Idee: »Alle Juden müssen nach Israel kommen. Es ist der sicherste Ort für die Juden auf der Welt. Es ist ein Zufluchtsort für die Juden in der Welt.« Das ist falsch, denn Israel ist heute für Juden der gefährlichste Ort der Welt. Aber lassen wir das mal beiseite. Nur 24 Stunden später sagte er, Israel sei durch die iranische Bombe existentiell bedroht. Und ich fragte mich, wie man es wagen kann, Juden aufzurufen, zu kommen und sich diesem selbstmörderischen Projekt anzuschließen, wenn die Iraner uns bombardieren werden.

Aber in Israel ist alles erlaubt, und beide Erklärungen wurden als die einzige Wahrheit akzeptiert. Und hier komme ich zur dritten Reihe von Werten, die es uns Israelis ermöglichen, in Frieden mit der Besetzung zu leben. Dies ist vielleicht die wichtigste und die schlimmste. Wir sagen Viktimisierung, wir sagen auserwähltes Volk. Wenn

ANZEIGE

»Chomsky zeigt eine verschworene Gemeinschaft, die ohne seine Analyse kaum zu durchschauen ist.«

Michael Haupt



Noam Chomsky
Kein Frieden in Nahost
Warum mit Israel und den USA kein Palästinenserstaat zu machen ist

Der Nahost-Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern – ein Thema ohne Ende und ohne Hoffnung? Noam Chomsky erläutert, wieso amerikanische und israelische Interessen einen Frieden mit den Palästinensern verhindern und auch in Zukunft verhindern werden. Er zeigt die strategischen Interessen der USA im Nahen Osten, die grundsätzliche Einigkeit der israelischen Parteien über den Umgang mit den Palästinensern und erläutert das Problem der israelischen Atomwaffen. Ein Buch von andauernder Aktualität.

240 Seiten
17,90 Euro
ISBN 978-3-939816-53-9

www.nomen-verlag.de · Tel. 0 69 / 95 41 62 13

ANZEIGE



Schluss mit den Kriegsverbrechen in Gaza!

Wir protestieren in Rostock vor Rüstungsfirmen, die mit Israel zusammenarbeiten und deren Waffen an Israel geliefert werden: Rheinmetall, Diehl, Thyssen-Krupp.

Rheinmetall entwaffnen!
Kein Deal mit Diehl!
Thyssen-Krupp versenken!

Frieden für die Menschen in Palästina und Israel!

Kontakt: rostocker-friedensbuendnis@web.de



Flucht unmöglich: Eine alte Palästinenserin sitzt in Al-Madschal auf der Straße, nachdem die israelischen Besatzungskräfte die Stadt übernommen haben (13.11.1948)

ich von Viktimisierung spreche, müssen wir natürlich den Holocaust und die unvergessliche Golda Meir erwähnen, die das amerikanische Judentum nach Israel exportiert hat. Sie hat einmal gesagt – diese unvergessliche Frau –, dass die Juden nach dem Holocaust das Recht haben, zu tun, was sie wollen.

Wir sind sie

Aber die dritte Gruppe von Werten ist die gefährlichste. Das ist die systematische Entmenschlichung der Palästinenser, die es uns Israelis ermöglicht, mit allem in Frieden zu leben, denn wenn sie keine Menschen sind wie wir, dann stellt sich die Frage nach den Menschenrechten nicht wirklich. Und wenn man unter der Haut fast aller Israelis kratzt, dann findet man sie dort. Ich habe einmal geschrieben, dass wir die Palästinenser wie Tiere behandeln. Ich habe so viele Protestbriefe von Tierschutzorganisationen bekommen – zu Recht. Aber wie viele Israelis haben am Ende des Tages jemals versucht, sich für einen Moment, für einen Tag, in die Lage der Palästinenser zu versetzen? Und ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen, die das zeigen.

Vor vielen Jahren interviewte ich den damaligen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Ehud Barak. Ich stellte ihm eine Frage, die ich bei jeder Gelegenheit zu stellen versuche: »Herr Barak, was wäre passiert, wenn Sie als Palästinenser geboren worden wären?« Und Barak gab mir damals die einzige ehrliche Antwort, die er mir geben konnte. Er sagte: »Ich hätte mich einer Terrororganisation angeschlossen.« Was hätte er sonst getan? Wäre er ein Dichter geworden? Er weiß nicht, wie man Gedichte schreibt. Würde er Pianist werden? Er ist ein ziemlich schlechter Pianist, und ich bezweifle, dass er ein Kolaborateur geworden wäre, denn er ist ein Kämpfer. Und es wurde ein Skandal, denn wie kann man es wagen, Ehud Barak zu fragen, was passiert wäre, wenn er Palästinenser geworden wäre?

Und der zweite Vorfall, kurz gesagt, während der zweiten Intifada, die Stadt Dschenin, die am stärksten abgeriegelte Stadt im Westjordanland, die wirklich total belagert wurde. Ich verlasse Dschenin.

Ich komme an den Kontrollpunkt. Ein palästinensischer Krankenwagen parkt dort mit roten Lichtern. Ich bleibe hinter ihm stehen, denn in jenen Tagen können keine Autos aus Dschenin herausfahren, keine Autos können hineinfahren. Und ich warte. Die Soldaten beginnen im Zelt Backgammon zu spielen. Normalerweise, das weiß ich selbst, ist es besser, wenn ich mich nicht auf Konfrontationen mit den Soldaten einlasse, denn das geht immer sehr schlecht aus. Also blieb ich im Auto. Aber nach 40 Minuten konnte ich es nicht mehr aushalten.

Ich stieg aus dem Auto aus. Ich ging zuerst zu dem palästinensischen Krankenwagenfahrer. Ich fragte ihn, was hier los sei. Er sagte mir, das sei Routine, sie lassen mich eine Stunde warten, bis sie kommen und den Krankenwagen überprüfen. Und ich konnte es nicht mehr ertragen. Ich ging zu den Soldaten. Es kam zu einer Konfrontation, aber die Frage, die ich ihnen stellte und die sie wirklich dazu brachte, ihre Waffen auf mich zu richten, war eine: »Was würde passieren, wenn Ihr Vater in diesem Krankenwagen liegen würde?« Da sind sie ausgeflippt. Sie verloren die Kontrolle. Wie kann ich es wagen, einen Vergleich zwischen ihrem Vater und dem Palästinenser im Krankenwagen anzustellen? Diese Überzeugung, dass sie keine Menschen sind wie wir, ermöglicht es uns Israelis, mit

diesen Verbrechen, die seit Jahren andauern, in Frieden zu leben, ohne irgendeine Art von Menschlichkeit zu verlieren.

Drei Regime

Die Leute reden über jüdische Werte. Ich muss ehrlich zu Ihnen sein, ich weiß nicht, was jüdische Werte sind. Ich weiß, was universelle Werte sind. Lassen Sie uns nicht zu weit gehen. Es gibt ganz klare universelle Werte. Und es gibt ein sehr, sehr klares internationales Recht, aber für die meisten Israelis ist das internationale Recht sehr wichtig, aber nicht für Israel. Israel ist ein Sonderfall. Warum ist es ein Sonderfall? Auch hier haben wir es mit all diesen Werten zu tun, mit diesem Leben in Verleugnung.

Ist das gut für Israel? Nein, es ist sehr korrumpierend, denn solange die Vereinigten Staaten es Israel ermöglichen, weiterzumachen – natürlich sind die Palästinenser die ersten und direkten, unglaublichen Opfer davon – aber was wird Israel am Ende des Tages sein, nach all diesen Jahren? Was ist es heute schon? Wohin wird es führen? Die Dinge werden immer schlimmer, und deshalb habe ich so wenig Hoffnung auf Veränderungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, weil die Dinge, wie Sie vielleicht wissen, mehr und mehr in eine nationalistische, militaristische, religiöse Richtung gehen, mit sehr wenig Hoffnung, dass Veränderungen von innen kommen werden.

Warum sollten sich die Israelis für einen Wechsel entscheiden? Welchen Anreiz haben sie? Warum sollten sie sich die Mühe machen? Das Leben ist so schön. Sie hätten Israel sehen sollen, als Gaza bombardiert wurde, als die Strände überfüllt waren, die Hubschrauber auf dem Weg zur Bombardierung von Gaza vorbeiflogen, das israelische Fernsehen kaum Bilder von dort zeigte. Die Zeitungen schrieben kaum etwas. Ich schrieb einen Artikel über die Verantwortung der Piloten, und ich musste Leibwächter einsetzen, um aus meinem Haus zu kommen. Das Problem war übrigens, dass es sich bei den Leibwächtern um Siedler handelte. Sie stritten sich den ganzen Tag mit mir, bis ich merkte, dass ich ohne die Leibwächter viel sicherer war als mit ihnen.

Der letzte Krieg in Gaza hat uns auch gelehrt, dass Israel heute drei Regime hat. Vielleicht ist es das einzige Land und der einzige Staat der Welt mit drei Regimen: eines für die Juden, eines für die arabischen Bürger und ein Apartheidregime im Westjordanland und Gaza, eine der brutalsten und grausamsten Tyrannen der Welt. Aber selbst für die Fassade, selbst für diese Demokratie, von der ich immer dachte, sie sei eine Demokratie für ihre jüdischen Bürger, habe ich festgestellt, dass sie eine Demokratie für ihre jüdischen Bürger ist, aber nur, wenn sie wie die Mehrheit denken.



Ich hatte 2004 ein Stipendium für ein Auslandsstudium und konnte Gaza nicht verlassen, weil Israel dafür eine Altersbeschränkung hatte, ich verlor mein Stipendium für internationales Recht und musste mich mit meiner drittbesten Option zufrieden geben.

Zwei hochaktuelle Bücher zum Palästina-Konflikt!

Alternative Tourism Group Palästina Reisehandbuch Geschichte • Politik • Kultur Menschen • Städte • Landschaften
664 Seiten • 15 x 22 cm • Gebunden
Über 800 Farb- und Schwarz-Weiß-Fotos • 60 Karten und Stadtpläne
€ 29,90 • ISBN 978-3-930378-80-7

Als Standardwerk richtet sich das Buch nicht nur an politisch, geschichtlich, kulturell oder religiös interessierte Reisende, sondern an alle, die grundsätzlich mehr über Palästina und die Palästinenser erfahren möchten.

»Dieses Buch kann man nur loben.« / Rupert Neudeck
»Ein solch umfangreiches Compendium hat auf dem deutschen Buchmarkt bislang gefehlt.« / Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel
»Das Reisehandbuch dokumentiert selbstbewusst, dass da mehr ist als das, was in einem Israel-Reiseführer steht.« / Süddeutsche Zeitung
»Wer dieses Buch gelesen hat, weiß alles über Palästina!« / Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

»Das Buch ist randvoll mit Hintergrundinformationen – der umfassendste Palästina-Reiseführer auf dem Markt.« / Zenith – Zeitschrift für den Orient

Khaled Hroub Hamas – Die islamische Bewegung in Palästina
Aus dem Englischen von Michael Schilfmann
256 Seiten • Broschur • € 17,90
ISBN 978-3-930378-77-7

Das Buch behandelt die Geschichte und politische Entwicklung der Hamas mit all den entscheidenden Aspekten, die sie seit ihrer Gründung bestimmt haben. Es wirkt damit der verzerrten und einseitigen Darstellung und Wahrnehmung der Hamas entgegen, die in der westlichen Welt meist nur als »Terrororganisation« bezeichnet wird.

»Ein interessantes und kenntnisreiches Buch – völlig konträr zu dem, was im Westen über die Hamas gedacht wird.« / Ludwig Watzal
»Sehr lesenswert und argumentativ überzeugend.« / Michael Lüders (Süddeutsche Zeitung)

»Eine meisterhafte Darstellung der Geschichte und Ideologie der Hamas.« / Foreign Affairs

PALMYRA VERLAG
Heidelberg • Tel. 06221/165409 • palmyra-verlag@t-online.de • www.palmyra-verlag.de

PRO MEDIA Bücher zum langen Krieg gegen Gaza

KEIN FRIEDEN FÜR PALÄSTINA
Der lange Krieg gegen Gaza Besatzung und Widerstand

Helga Baumgarten

KEIN FRIEDEN FÜR PALÄSTINA

Der lange Krieg gegen Gaza Besatzung und Widerstand

ISBN 978-3-85371-496-6, br., 192 Seiten, 19,90 Euro
E-Book: ISBN 978-3-85371-895-7, 16,99 Euro

DER SIEGESZUG DES NEOZIONISMUS
Israel im neuen Millennium

Tamar Amar-Dahl

DER SIEGESZUG DES NEOZIONISMUS

Israel im neuen Millennium

ISBN 978-3-85371-514-7, br., 224 Seiten, 22,00 Euro
E-Book: ISBN 978-3-85371-907-7, 18,99 Euro

Die israelische Besatzung mit ihrer Siedlungs- und Vertreibungspolitik, der lange Krieg der israelischen Armee gegen den Gaza-Streifen und der Widerstand der PalästinenserInnen stehen im Mittelpunkt dieses Buches.

Okkupation, Zivilmilitarismus und Neozionismus: Nur mit diesen Schlüsselbegriffen, so Tamar Amar-Dahl, ist ein fundiertes Verständnis der israelischen Besatzungsmacht und Kriegsmaschinerie möglich.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder auf www.mediashop.at

Palästinenser gelten als »Staatenlose«. Obwohl 140 Mitgliedstaaten der UN-Vollversammlung den Staat Palästina anerkennen, scheiterte zuletzt am 18. April erneut ein Antrag auf Anerkennung im UN-Sicherheitsrat am Veto der USA. Zwölf der 15 Mitglieder stimmten dafür, Großbritannien und die Schweiz enthielten sich.

In den meisten der aufnehmenden Gastländer seit 1948 haben die Palästinenser bis heute wenig Rechte. Sie leben als Flüchtlinge und Nachfahren von Flüchtlingen aus den Jahren 1948, 1967, 1973 unter schwierigen Bedingungen. Lediglich in Syrien waren die Palästinenser rechtlich der einheimischen Bevölkerung weitgehend gleichgestellt. Sie hatten und haben jedoch kein Wahlrecht und können nicht in die Armee eintreten. Doch der Krieg, der 2011 in Syrien begann, verschonte ihre Wohnviertel und Lager nicht und so flohen mindestens 200.000 Palästinenser in die Nachbarländer. 120.000 von diesen sind heute über die UNO im Libanon registriert und haben Anspruch auf Unterstützung, die von der UN-Organisation für die Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge (UNRWA) geleistet wird. Sie wurde 1949 mit einer Resolution der UN-Vollversammlung (Resolution 302) gegründet. Die Gelder, die der Organisation zur Verfügung stehen, werden auf freiwilliger Basis von UN-Mitgliedstaaten überwiesen.

Heute unterstützt UNRWA 5,9 Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachfahren in Jordanien, Libanon, Syrien, im von Israel besetzten Westjordanland und Ostjerusalem und im Gazastreifen. Das Hilfswerk arbeitet in Schulen, Ausbildungszentren und Kindergärten und bietet in Gesundheitszentren Hilfe an. Es gibt Frauenzentren, Gemeindezentren, etwa eine Viertelmillion der registrierten Flüchtlinge erhält Sozialhilfe. UNRWA verwaltet einen Fonds für Kredite, um den Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, Geschäfte und Unternehmen aufzubauen.

Neben den acht Flüchtlingslagern im Gazastreifen, von denen die meisten seit Beginn des Krieges am 7. Oktober nahezu komplett zerstört wurden, arbeitet UNRWA in 19 Lagern im besetzten Westjordanland; zwölf im Libanon; zehn in Jordanien und neun in Syrien – hinzu kommen Jarmuk, Latakia und Ein Al-Tal, drei inoffizielle syrische Flüchtlingslager für Palästinenser.

Am Rande der Gesellschaften

Vor Beginn des Krieges 2011 waren 568.730 palästinensische Flüchtlinge in Syrien registriert. Darunter auch zahlrei-



In Sicherheit, aber ohne Zukunft: Flüchtlingslager in der jordanischen Wüste (18.10.1969)

Ohne Staat, ohne Rechte

Hunderttausende Palästinenser wurden in den vergangenen Jahrzehnten vertrieben. In den Aufnahmeländern sind sie dauerhaft auf Hilfe angewiesen. **Von Karin Leukefeld**

che Palästinenser, die mit dem Irak-Krieg (2003) vertrieben wurden. In den neun Flüchtlingslagern gab es 23 Gesundheitszentren, ein Gesundheitsfonds finanzierte auch Krankenhausaufenthalte. Mehr als 50.000 Schülerinnen und Schüler wurden in mehr als 100 UNRWA-Schulen unterrichtet und konnten anschließend die syrischen Universitäten besuchen. Viele der jungen Palästinenserinnen fanden nach dem Studium einen Platz als Freiwillige oder Auszubildende in der UNRWA selbst oder bei anderen UN-Organisationen. Mit dem Syrien-Krieg hat sich die Lage für die Palästinenser – wie für die gesamte syrische Bevölkerung – erheblich verschlechtert. Viele sind auf direkte, auch finanzielle Hilfe angewiesen. Zehntausende wurden erneut vertrieben, internationale Hilfsgelder an die UNRWA wurden gekürzt oder ganz gestrichen. Armut und Erkrankungen nehmen zu.

In Jordanien lebt seit 1947/48 die größte Zahl palästinensischer Flüchtlinge. 2,3 Mil-

lionen sind bei der UNRWA registriert, von denen aber nur rund 18 Prozent in den zehn offiziellen UN-Lagern oder in deren unmittelbarer Umgebung wohnen. Die Lager werden von Jordanien verwaltet, die Sicherheitslage wird von der jordanischen Polizei kontrolliert. Rund 120.000 Schülerinnen und Schüler werden in 169 Schulen unterrichtet. Auch hier sind die Flüchtlinge der drastischen Kürzung von Hilfsgeldern, Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheit ausgesetzt.

Politisches Engagement für die Palästinenser in Jordanien ist schwierig. Königin Rania, selbst palästinensischer Herkunft, übernimmt die Kritik an Israel in den Medien und bei öffentlichen Ereignissen. De facto aber ist das jordanische Königreich vollständig von den USA und Großbritannien abhängig, die auf jordanischem Territorium und im Grenzgebiet zu Syrien Militärbasen für eigene Zwecke errichtet haben. Im September 1970 wurde die palästinensische Befreiungsbewegung, damals noch unter Führung einer starken Fatah blutig niedergeschlagen und aus Jordanien vertrieben. Die militante Gruppe »Schwarzer September« entstand und war 1972 für das Attentat in München verantwortlich.

Jordanien gilt – auch bei westlichen Verbündeten – als effektiver Polizeistaat, dessen Foltergefängnisse berüchtigt sind. Im Oktober 1994 unterzeichnete Amman mit Israel ein Friedensabkommen und kooperiert mit dem Staat vor allem in Sicherheitsfragen – offiziell wird es »Antiterrorkampf« genannt. Die Polizei der Palästinensischen Nationalbehörde wird von Jordanien – in Kooperation mit Israel – ausgebildet. Wegen ihres brutalen Vorgehens gegen die Palästinenser genießt sie kein Vertrauen bei der Bevölkerung. Im April 2023 wurde bekannt, dass US-Ausbilder in Jordanien 5.000 Polizisten nicht nur ausbildeten, sondern auch bewaffneten.

Im Libanon ist rund eine halbe Million palästinensische Flüchtlinge registriert. Sie leben in zwölf offiziellen Flüchtlingslagern auf engstem Raum, zumeist erwerbslos und auf Hilfe der UNRWA angewiesen. Ihre Situation ist so verzweifelt, dass viele – wie auch die syrischen Flüchtlinge – versuchen, über das Mittelmeer nach Zypern oder Italien zu gelangen. Gleichzeitig arbeiten viele

europäische Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen – auch aus Deutschland – daran, die Menschen in den Lagern zu beschäftigen und von der Flucht abzuhalten. Wer sich über die UNO oder die von EU-Staaten gegründete IOM (Internationale Organisation für Migration) für ein Umsiedlungsprogramm beworben hat, hat die Chance auf eine begleitete Ausreise. Darauf verwies EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrem Besuch in Beirut Anfang Mai. Dabei stellte sie dem libanesischen Staat eine Milliarde Euro in Aussicht, wenn er dafür Sorge, dass die Menschen nicht mehr nach Europa fliehen.

Flucht und Geopolitik

Das Leben der Palästinenser bleibt unsicher, solange es keine politischen Veränderungen gibt, die ihnen Rechte und einen Staat zugestehen, in dem nicht religiöse Zugehörigkeit, militärische Übermacht oder geopolitische, internationale Interessen die Geschicke der Menschen bestimmen, sondern die UN-Charta und das internationale Recht. Der aktuelle Krieg gegen den Gazastreifen ist nur einer von unzähligen Angriffen der israelischen Armee, die seit 1947/48 Palästinenser vertrieben, getötet, verstümmelt, verhöhnt und ihnen ihr Land gestohlen hat.

Die fortwährende, gewaltsame Vertreibung und Landnahme Israels gegen die Palästinenser ist Ausdruck westlicher geopolitischer Interessen, die immer mehr Krisen, Kriege und Vertreibung bewirkt. Israel agiert mit der Unterstützung und – selbst angesichts des Vernichtungsfeldzugs in Gaza – mit der Billigung von den USA und einigen EU-Ländern wie Deutschland. Israel setzt eigene und deren geopolitische Interessen in der Region um. Es geht – seit mehr als 100 Jahren – um die Kontrolle von Transportkorridoren und Ressourcen. Es geht um die Einnahme von Land.

Den palästinensischen Flüchtlingen folgten jene des US-geführten »Krieges gegen den Terror«: Seit 2001 wurden von Afghanistan über Irak, Syrien, Jemen, Somalia bis Libyen mehr als 37 Millionen Menschen vertrieben. Wasserreservoirs werden geplündert, aus Weizenfeldern werden Schlachtfelder.



Ich blieb bis zu meinem achten Lebensjahr staatenlos, weil Israel den Ausweis meines Vaters wegnahm; Wie Sie wissen, hat Israel Palästina besetzt und Hunderttausende Palästinenser durch ethnische Säuberungen, Massaker und Vergewaltigungen ins Nichts und ins Nirgendwo vertrieben.

ANZEIGE



Sevim Dağdelen/Annette Groth/Norman Paech (Hg.) Erkämpft das Menschenrecht!

Für Frieden, Antifaschismus, Internationalismus und Kultur

Ob eine tragfähige Friedenslösung für die Ukraine oder in Nahost: Geleitet ist der Band von der Idee, das Menschen- und Völkerrecht möge international »zum Durchbruch dringen«. Beiträge u.a. von Susanna Böhme-Kuby, Sevim Dağdelen, Daniela Dahn, Annette Groth, Luc Jochimsen, Norman Paech und Nirit Sommerfeld.

ISBN 978-3-89438-830-0 – 163 Seiten – € 16,00



Rolf Verleger Israels Irrweg – Eine jüdische Sicht

Rolf Verleger (1951-2021), Gründungsvorsitzender des Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern (BIP e.V.), beschreibt seine jüdischen Wurzeln, umreißt die Geschichte des Zionismus und beklagt die bedingungslose Unterstützung der »Gewaltpolitik Israels« durch die Bundesregierung als ebenso fatal wie die Abwehr jeder substanziellen Kritik als »antisemitisch«.

4. Auflage – ISBN 978-3-89438-780-8 – 212 Seiten – € 16,90

Heiliges Land hochgerüstet

Vorherrschaft Israels basiert seit Staatsgründung auf modernsten Waffen und finanzstarken Verbündeten. **Von Jakob Reimann**



GIL COHEN/NAGEVRUTERS

Bereit für die Zerstörung: Monströse israelische Bulldozer auf dem Weg nach Rafah (20.5.2004)

Die Vorläufer des israelischen Militärs waren sowohl jüdische Selbstverteidigungseinheiten als auch Terrorgruppen, die im Zuge der Ereignisse um Israels Staatsgründung 1948 Massaker an der palästinensischen Bevölkerung begangen haben. Heute gehören die sogenannten Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) zu den technologisch fortschrittlichsten Streitkräften der Welt und israelische Firmen in Sachen Waffenforschung und -entwicklung zu den weltweit führenden.

Bereits im Osmanischen Reich und später im britischen Mandatsgebiet formierten sich erste Milizen zur Verteidigung der Jischuw, der jüdischen Bevölkerung in Palästina vor der israelischen Staatsgründung. 1920 wurden mehrere dieser Gruppen zur Untergrundorganisation Haganah zusammengelegt. Da London den Besitz von Waffen verboten hatte, wurden diese zumeist aus Syrien ins Land geschmuggelt. In den 1920er und 1930er Jahren war die Haganah an der Niederschlagung mehrerer arabischer Aufstände in Palästina beteiligt und schützte infolge sich auswachsender antisemitischer Pogrome in Europa, gipfeln im Holocaust der Nazis, die in Palästina neugegründeten Siedlungen und Kibbuzim.

Während bis zu 30.000 Mann aus der Jischuw in der Jüdischen Brigade an der Seite der Briten gegen die Achsenmächte kämpften, richtete sich ab 1939 der Widerstand der Haganah immer öfter gegen die britischen Besatzungstruppen selbst. Denn London bekämpfte zunehmend die illegalisierte jüdische Immigration aus Europa. Dieser Widerstand gipfelte in der »Nacht der Züge«, als am 1. November 1945 insgesamt über 150 koordinierte Anschläge auf das britische Bahnsystem in Palästina ausgeübt wurden und Kämpfer der Spezialeinheit Palmach drei britische Boote versenkten. Im Streit um die strategische Ausrichtung der Haganah kam es zur Abspaltung der terroristischen Gruppen Irgun und Lehi (»Stern Gang«), die am 9. April 1948 beim Massaker von Deir Jassin mindestens 200 palästinensische Männer, Frauen und Kinder töteten. Diese und ähnliche Greuel wurden zu Auslösern der als Nakba (Katastrophe) bekannten Massenflucht, in deren Zuge über 750.000 Palästinenser vertrie-

ben wurden. Rund 300.000 davon flohen noch vor der Staatsgründung Israels. »Das Massaker von Deir Jassin war nicht nur notwendig, sondern ohne es hätte der Staat Israel nicht entstehen können«, so Menachem Begin, der Irgun-Kommandeur und spätere israelische Ministerpräsident, der 1979 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Waffen der Wehrmacht

Die Geschichte der heutigen israelischen Luftwaffe geht auf den Herbst 1934 zurück, als David Ben-Gurion den Erwerb der ersten britischen »Tiger Moth« einfädelt. Die einmotorigen Doppeldecker dienten neben zivilen Aufgaben der Ausspähung syrischer Stellungen auf dem Golan sowie in Militäroperationen im Arabisch-Israelischen Krieg 1948. Die Luftwaffe der Haganah, die Scherut Avir, ging kurz darauf in den bis heute bestehenden Israelischen Luftstreitkräften (IAF) auf. Über eine »Luftbrücke aus der Tschechoslowakei« wurden die ersten Kampfflugzeuge an die IAF geliefert. In Umgehung europäischer Waffenembargos wurde im Rahmen der verdeckten »Operation Balak« mit der tschechoslowakischen Regierung der Export von insgesamt 25 Jägern vom Typ Avia S-199 ausgehandelt, die ab Ende Mai 1948 gegen die ägyptische Armee eingesetzt wurden. Neben diesen Jagdflugzeugen, die Wehrmachtsmaschinen von Messerschmitt nachgebaut waren, gab es bis Ende 1949 mehrere umfangreiche Lieferungen von Zehntausenden Gewehren sowie über einhundert Millionen Schuss Munition, die zumeist direkt aus ehemaligen Beständen der Wehrmacht oder deutschen Waffensystemen tschechoslowakischer Bauart entstammten. »Messerschmitt mit Davidstern«, titelte *Zeit online* dazu im Mai 2008 und berichtete, wie »eine kleine Schar junger israelischer Piloten vor 60 Jahren mit einem alten Flugzeugmodell aus Hermann Görings Luftwaffe die Wende im Palästina-Krieg erzwang und ihrem jungen Staat so das Überleben sicherte«.

Israel führte in den vergangenen Jahrzehnten die Kriege gegen Libanon und Gaza maßgeblich aus der Luft. Während des aktuellen Feldzugs wurden allein in den ersten drei Monaten rund 45.000 Bom-

ben auf den schmalen Küstenstreifen abgeworfen, was im Schnitt 505 Bomben pro Tag entspricht. Die israelische Luftwaffe umfasst heute Hunderte Kampffjets und Helikopter modernster Bauart, die fast ausschließlich US-amerikanischer Produktion entstammen. Das israelische Militär ist generell in hohem Maße von den USA abhängig. Das wurde zuletzt in der Nacht zum 14. April deutlich, als der Iran als Reaktion auf den israelischen Angriff auf sein Damaszener Botschaftsgelände zwei Wochen zuvor über 300 Drohnen und Raketen auf Israel abfeuerte: Mehr als die Hälfte der Geschosse wurde von US-Truppen abgefangen, weitere von Großbritannien, Jordanien und mit deutscher Hilfe durch Frankreich, nur ein geringer Anteil von Israel.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist Israel der mit Abstand größte Empfänger US-amerikanischer Auslandshilfen, mit Ägypten und Afghanistan weit abgeschlagen auf den Plätzen zwei und drei. Bis 2023 wurden 297 Milliarden US-Dollar von Washington überwiesen, 216 Milliarden davon Militärhilfen. Ende April winkte der Senat in deutlicher Mehrheit ein weiteres militärisches Paket in Höhe von 26 Milliarden US-Dollar durch. Auch wird der aktuelle Krieg wesentlich durch Waffenlieferungen aus den USA am Laufen gehalten: In den ersten fünf Monaten gab es über 100 genehmigte Waffenverkäufe, und insgesamt stammen laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI 69 Prozent der nach Israel gelieferten Waffen aus den USA, gefolgt von Deutschland mit 30 und Italien mit unter einem Prozent.

KI auf dem Vormarsch

Israelische Militärforschung ist in wichtigen Segmenten wegweisend. Seit den 1980ern gilt Israel als Pionier in der Entwicklung von Militärdrohnen und war bis in die 2010er Jahre hinein Exportweltmeister für unbemannte Fluggeräte. Anfang Mai wurden israelische Kampfdrohnen vom Typ »Heron TP« für die Bundeswehr zugelassen. Auch die aus den Kriegen in Bergkarabach und der Ukraine bekannten, als »Loitering munitions« bezeichneten Kamikazedrohnen wurden ursprünglich von der israelischen Rüstungsschmiede IAI

entwickelt. Zusammen mit dem deutschen Ableger des europäischen Waffenkonzerns MBDA wird damit auch die Bundeswehr ausgestattet. Im aktuellen »Krieg gegen die Hamas« testet Israel neuartige Roboterhunde und unbemannte Panzerfahrzeuge und vermarktet diese preissteigernd weltweit als »Getestet in Gaza«. Erstmals wurde der ferngesteuerte Bulldozer »Panda« eingesetzt, um in dem Küstenstreifen Häuser zu zerstören.

Schlagzeilen machte jüngst eine Recherche des israelisch-palästinensischen »+972 Magazine«, die den Einsatz des KI-basierten Systems »Lavender« bei der flächendeckenden Zerstörung des Gazastreifens aufdeckte. Anhand von Personendaten identifiziert die KI vermeintliche Mitglieder feindlicher Gruppen und gibt diese zum Abschuss frei. Dabei wurden seitens der Militärführung für die Tötung von Verdächtigen »Kollateralschäden« von bis zu 20 Zivilisten, im Fall des Hamas-Kommandeurs Aiman Nofal sogar »etwa 300 Zivilisten« genehmigt. Ein untergeordnetes KI-gestütztes Programm namens »Where's Daddy?« erkennt, wenn eine markierte Zielperson ihr Wohnhaus betritt, woraufhin der Tötungsbefehl erfolgt.

ANZEIGE



Thomas Metscher
Faust und die Dialektik
Studien zu Goethes Dichtung

Die hier vorgelegte Untersuchung geht von der Einsicht aus, dass die Aporien der bisherigen Rezeption – des perfektibilistischen wie des anti-perfektibilistischen *Faust* – aus dem Tatbestand resultieren, dass diese den Text in seinem Grundcharakter verfehlen. Dies zu zeigen und Folgerungen daraus zu ziehen, ist Absicht dieser Schrift.

612 Seiten, 40 €, ISBN 978-3-946946-41-0

mangroven
 VERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
 info@mangroven-verlag.de
 www.mangroven-verlag.de
 shop.mangroven-verlag.de



Ich hätte es fast in die oberste Basketballiga von Gaza geschafft, aber dieser Traum wurde dank Israel wegen Punkt eins zerstört.

»Das Recht auf Rückkehr ist uns heilig«

Über die historische Nakba und den 7. Oktober. Ein Gespräch mit Salman Abu Sitta



Aufgrund dieser Verletzung und des septischen Schocks lag ich 22 Tage lang im Koma, wachte mit drei Blutgerinnseln in meinen Beinen auf und brauchte zwei Jahre, um fast wieder wie ein gesunder Mensch gehen zu können. Dieses Überleben löste bei mir jeden Tag eine Migräne aus, die in mir jeden Tag den Wunsch weckte, meinem Leben ein Ende zu setzen.

Der Palästina-Kongress in Berlin vom 12. bis 14. April sollte die »deutsche Mitschuld am Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen« anprangern. Während Ihrer Rede, die per Video ausgestrahlt wurde, stürmte die Polizei die Bühne und verbot anschließend die gesamte Veranstaltung. Als Grund wurde angegeben, dass Sie in Deutschland einem »politischen Betätigungsverbot« unterliegen. Waren Sie sich dessen bewusst?

Nein, das war mir nicht bekannt. Ich habe keine Benachrichtigung von irgendeiner offiziellen deutschen Stelle erhalten. Ich kenne die Definition von »politischer Betätigung« in Deutschland nicht. Und ich habe auch nicht die Absicht, mich in das deutsche Parlament wählen zu lassen! In über 50 Jahren akademischer Arbeit habe ich an vielen Universitäten in der ganzen Welt Vorträge gehalten. Niemals wurde mir während meiner Vorlesung der Strom abgestellt, wie in Berlin. Das ist ein Novum, das man nicht vergessen sollte.

Worauf gründet sich dieses Verbot?

Ich habe keine Ahnung. Wie Sie wissen, wurde der Kongress von deutschen Aktivistinnen organisiert, darunter auch deutsche Juden, die sich für Gerechtigkeit und Freiheit für Palästinenser einsetzen. Die geladenen Redner waren bekannte Persönlichkeiten aus der ganzen Welt. Zweifellos hatten und haben diese genügend offene Foren, in denen sie sprechen können. Ihre

Ansichten sind wohl vielen Menschen in der Welt bekannt. Damit bleibt die deutsche Öffentlichkeit die einzige blinde Gemeinschaft, die die Wahrheit verkennt.

Ironischerweise wird der Umgang mit dem Thema in Deutschland von 120 US-Universitäten und vielen Institutionen in Europa abgelehnt. Diese haben nicht nur Konferenzen zu Palästina abgehalten, sondern auch Camps errichtet, um gegen den Völkermord im Gazastreifen zu protestieren, zu einem Waffenstillstand aufzurufen und den Stopp von Waffenlieferungen an Israel zu fordern. Dies macht Deutschland zu einem Helfer des israelischen Völkermordes in Gaza, wie im anhängigen Fall von Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof, IGH, behauptet wird. Deutschland wird in der Welt als Israels »europäische Vertretung« angesehen.

Seit Monaten versuchen die deutschen Behörden Demonstrationen und Veranstaltungen gegen den Krieg im Gazastreifen – teils gewaltsam – zu unterdrücken. Grundrechte wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit werden außer Kraft gesetzt. Warum ist das Vorgehen Deutschlands gegen die palästinensische Bewegung so repressiv?

Die Bundesrepublik ist seit langem für die Beihilfe zu israelischen Kriegsverbrechen bekannt. Nach Artikel 25 des Römischen Statuts, der Rechtsgrundlage des Internationalen Strafgerichtshofs, IStGH, ist das strafbar. Am 8. April verfolgte ich die deutsche Verteidigung in der Klage Nicaraguas vor dem IGH. In Den Haag wurde die Argumentation Deutschlands zu einer Bestätigung der Anschuldigungen. Als Laie fand ich die vorgebrachten Argumente dürrig.

Deutsche Politiker betonen, es gehe um »Wiedergutmachung« für den Völkermord an den europäischen Juden im Nazifaschismus.

Lassen Sie mich ein wenig in der Geschichte zurückgehen. Deutschland zahlte in den 1950er Jahren Millionen von Mark als Entschädigung an den entstehenden Staat Israel – aber nicht an die deutschen Juden – sondern um neue jüdische Einwanderer anstelle der Palästinenser anzusiedeln und so Israel bei der Ausführung der palästinensischen Katastrophe, der »Nakba«, zu unterstützen. Nach der Invasion der Zionisten in Palästina und der Entvölkerung von 530 palästinensischen Städten und Dörfern war das Land leer. Viele europäische Juden zogen es vor, statt nach Palästina in die USA zu gehen. Der erste israelische Premierminister David Ben Gurion wandte sich an arabische Juden, die er verachtete, damit diese die »Lücke füllen«. Doch sie zögerten, einzuwandern.

Dann legten Zionisten Bomben in jüdischen Gemeinschaften im Irak und in Marokko, was viele Juden dazu veranlasste, nach Israel auszuwandern. Der junge Staat war bankrott und konnte die Unterbringung der neuen Einwanderer nicht bezahlen. Deutsche Subventionen halfen dabei. Israel blockierte die Rückkehr der 1948 vertriebenen Palästinenser und ersetzte sie durch arabische Juden.

Im Rahmen eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel aus dem Jahr 2000 zahlte Berlin zudem Mil-

lionen von Euro an Israel. Das Abkommen sah ursprünglich vor, dass die Zusammenarbeit eine Verletzung der Menschenrechte ausschließt – es hätten keine Kriegswaffen oder Massenvernichtungswaffen für Israel hergestellt werden dürfen. Die Bundesrepublik stimmte als einziges Land dafür, diese Klausel fallen zu lassen. Das ermöglichte es Israel, mit in Deutschland hergestellten oder von Deutschland subventionierten Waffen einen Völkermord zu begehen. Die deutsche Subventionierung vollendete die Nakba.

Der Protest gegen den israelischen Krieg wird auch in anderen Ländern des globalen Nordens unterdrückt. Aus welchem Interesse?

Nein, sie werden im globalen Norden nicht unterdrückt, oder zumindest funktioniert das nicht vollständig. Nach aktuellem Stand gibt es an 120 Universitäten in den USA Proteste. Die Bewegung ist größer als zu Zeiten des Vietnamkriegs. Umgekehrt gab es im Falle Vietnams keine so mächtige Organisation wie das American Israel Public Affairs Committee, AIPAC (größte proisraelische Lobby in den USA, jW).

Die protestierenden Studenten in den USA fordern einen Waffenstillstand, Desinvestitionen und den Boykott von israelischen Unternehmen und Institutionen. Sie verlangen ein freies Palästina vom Fluss bis zum Meer. Das ist eine qualitative Veränderung im Diskurs, die durch die moralische Kraft junger Menschen bewirkt wurde. Diese Veränderung wurde mit dem Blut von über 100.000 getöteten und verletzten Palästinensern bezahlt.

Die jungen Menschen an den Universitäten haben die Lügen, die Verleumdung, den Völkermord, die Besatzung, die Apartheid und eine lange Reihe von Kriegsverbrechen aufgedeckt, die seit 76 Jahren in Palästina begangen und von den westlichen Medien totgeschwiegen werden. Diese Menschen unterscheiden sich durch zwei Eigenschaften von den US-Politikern und den meisten sonstigen Politikern, die auf der Seite Israels stehen: Erstens besitzen sie ein Gewissen und einen freien Geist und zweitens, sie lassen sich nicht bestechen.

Ihnen wird vorgeworfen, in einem Artikel geschrieben zu haben, dass Sie, wenn Sie als junger Mann am 7. Oktober dabei gewesen wären, auch die Grenzanlagen um den Gazastreifen durchbrochen hätten. Für die einen war es ein »bewaffneter Aufstand«, für die anderen »antisemitischer Terror«. Wie ordnen Sie die Ereignisse ein?

Diese Anschuldigung ist ein Zeichen von Dummheit, Rassismus und Diffamierung. Diejenigen, die das kritisieren, haben meinen Artikel in der US-amerikanischen jüdischen Publikation *Mondoweiss* nicht gelesen. Es gibt darin nicht eine einzige Tatsache, die bestritten werden könnte.

Rassistisch ist das ganze, weil die Apologeten des Zionismus Siedler aus Rumänien, der Ukraine und Polen unterstützen, die einst mit einem Schmugglerschiff an unsere Küsten kamen, um uns zu töten und unser Land zu stehlen. Wir Palästinenser haben kein Recht auf unserem eigenen Land. Die Siedler in Nirim, Nir Os, Ein Haschloscha und Magen (israelische

Kibbuzim, die am 7. Oktober angegriffen wurden, jW) haben sich auf dem Land meiner Familie niedergelassen, dem Dorf Al Ma'in Abu Sitta. Tatsächlich wurde ich auf dem Land meines Vaters geboren, auf dem später der Kibbuz Nirim errichtet wurde. Ich habe also das absolute Recht, nach Hause zurückzukehren. Der Kriegsverbrecher, der mit einer Waffe und deutscher Unterstützung auf meinem Land hockt, ist derjenige, der dieses Recht nicht besitzt. Den Rassisten ist außerdem eine weitere Tatsache entgangen: Das Land, auf dem diese vier Kibbuzim errichtet sind, hätte nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 24. Februar 1949 zum Gazastreifen gehören sollen. Ein Jahr später spaltete Israel 200 Quadratkilometer des Gazastreifens als »vorübergehende Maßnahme« ab. Und dabei blieb es.

Die Anschuldigung ist außerdem diffamierend, denn die Verbrechen werden als gerecht und die Opfer als schuldig dargestellt. Der palästinensische Widerstand ist nach internationalem Recht legitim, zum Beispiel nach Artikel 51 der UN-Charta. Und er hat viele Namen: Fedajin, PLO, Fatah, PFLP, Hamas, Dschihad. Zweifellos wird es in Zukunft viele weitere Namen geben. Der Widerstand ist nicht aufzuhalten.

Die Hamas-Führung muss sich darüber im Klaren gewesen sein, dass Israel die Angriffe mit aller Härte bestrafen würde. Hat dies die Palästinenser in ihrem Kampf um Selbstbestimmung nicht weit zurückgeworfen?

Ich weiß nicht, ob das der Fall war oder nicht. Aber ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die zionistische Invasion Palästinas und die israelischen Angriffe seit 1948 mehr als 27.000 Tage lang andauern und nicht einen Tag aufgehört haben. Die zionistischen Streitkräfte der Haganah marschierten im April 1948 mit einer Armee von 120.000 europäischen Soldaten mit neun Brigaden in Palästina ein, führten 38 militärische Operationen durch und begingen 350 Kriegsverbrechen. Alle sind im »Atlas of Palestine 1917–1966« detailliert beschrieben. Bereits vor der Ausrufung des Staates Israel wurden 220 arabische Städte und Dörfer entvölkert. Ende 1948 waren es insgesamt 530. Das war die ethnische Säuberung Palästinas.

Auch nach 1948 setzte Israel seine Angriffe auf Flüchtlingslager im Gazastreifen fort, genauso im Westjordanland, Libanon, Syrien und Jordanien. Israel tötet auch heute weiter Geflüchtete, dabei ist es egal, wo sie sich aufhalten. Der Gazastreifen war Gegenstand intensiver Angriffe auf dem Land-, Luft- und Seeweg. Seit 2005 ist das Gebiet mit einer Blockade belegt, die nur begrenzt Nahrungsmittel und Medikamente zulässt. Zerstörungen wie nach dem 7. Oktober sind nicht neu, sie haben nur an Intensität zugenommen. Die ethnische Säuberung wurde zu einem Völkermord.

Die israelische Staatsideologie beruht auf der Abschreckung, nach dem Motto »Wenn ihr einen von uns tötet, werden wir hundert von euch töten«. Als Dutzende von Kämpfern aus Flüchtlingslagern am 7. Oktober die stark befestigten Zaunanlagen um den Gazastreifen durchbrachen, fiel diese Ideologie in sich zusammen. Die israelische Reaktion darauf kann eine neue Welle des Widerstands zur Befreiung Palästinas nicht verhindern.

Als Israel vor 76 Jahren gegründet wurde, waren Sie zehn Jahre alt. Was haben Sie damals erlebt?

Am 14. Mai 1948 griffen 24 gepanzerte Fahrzeuge der zionistischen Streitkräfte

ANZEIGEN

Vittorio Arrigoni, Paola Canarutto, Giorgio Forti u. a.

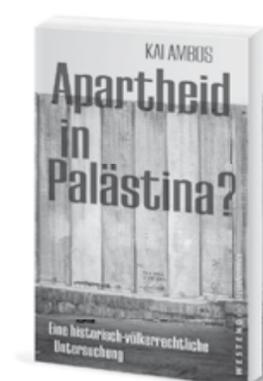
PALÄSTINA
Die Tragödie eines Volkes

Hardcover
32 x 25 cm, 263 Seiten
ISBN 978-3-88975-156-0
35,00 €



www.zambon.net

WESTEND Bücher für die Wirklichkeit



SBN 978-3-949925-24-5
Klappenbroschur,
256 Seiten, 25,- €

Vorwurf der Apartheid

Ist der von zahlreichen UN-Gremien und internationalen wie israelischen Menschenrechtsorganisationen gegen Israel erhobene Vorwurf der Apartheid wegen seiner Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten begründet oder Ausdruck einer Israelfeindlichkeit? Dieser Frage geht die historisch-völkerrechtliche Untersuchung von Kai Ambos nach.

„Eine differenzierte und gut lesbare Beschreibung der Rechtslage“
Süddeutsche Zeitung

Im freundlichen Buchhandel oder auf
www.westendverlag.de



Erster Kontakt an der israelisch-libanesischen Grenze nach dem Rückzug Israels aus dem Süden des Zedernstaats: Die fünfjährige Saleh Darwish reicht ihrer Tante durch Stacheldraht die Hand (31.5.2000)

te mein Dorf Al Ma'in an. Wir hatten 15 Gewehre, um uns zu verteidigen. Sie sprengten die Schule, die mein Vater 1920 gebaut hatte, den Brunnen und die Getreidemühle in die Luft. Sie brannten unsere Häuser nieder und töteten jeden, der in Sichtweite war. Während sie das taten, sprach Ben Gurion vor dem Rat der Siedler und verkündete die Staatsgründung. An diesem Tag wurde ich zu einem Geflüchteten.

Zuvor hatte ich noch nie einen Juden gesehen. Als Kind fragte ich mich, wer diese Menschen waren, warum sie uns angriffen und unser Leben zerstörten. Es wurde zu meiner Lebensaufgabe, alles über die Menschen zu erfahren, die das Land und die Menschen in Palästina beherrschen. Als Ingenieur arbeitete ich an einem Plan zur Rückkehr der Vertriebenen.

Eine zentrale Forderung der Palästinenser ist das von Ihnen erwähnte »Recht auf Rückkehr« der 1948 Vertriebenen und ihrer Nachkommen – rund neun Millionen Menschen – nach Palästina. Inwieweit halten Sie dies für realisierbar?

Dieses Recht ist allen Palästinensern heilig. Es ist in allen völkerrechtlichen Konventionen verankert und wurde 130 Mal in der UN-Resolution 194 bekräftigt. Das internationale Recht ist eindeutig auf der Seite der Rückkehrer. Die westlichen Länder, die Israel gegründet haben, blockieren die Rückkehr, aber das wird nicht von Dauer sein. Man wird sich dem weltweiten Druck beugen müssen.

Und wo sollen die Millionen Menschen hin?

Wir haben in umfangreichen geographischen und demographischen Studien festgestellt, dass die Rückkehr praktisch umsetzbar ist. Rund 80 Prozent der israelischen Juden leben in zwölf Prozent des Landes, nämlich den drei Bezirken: Tel Aviv, Westjerusalem und Haifa. Die Kibbuzim (in denen zwei Prozent der jüdisch-israelischen Bevölkerung wohnen) und die israelische Armee kontrollieren die restlichen 88 Prozent. Rund 500 entvölkerte Dörfer sind kaum oder gar nicht von Siedlern bewohnt. Die Geflüchteten und ihre Nachkommen könnten ohne viel Verdrängung zu den friedlich gesinnten

Teilen der jüdisch-israelischen Bevölkerung zurückkehren. Das setzt natürlich die Abschaffung von Rassismus, Apartheid, Besatzung und Kriegsverbrechen voraus. Mit anderen Worten: Der Zionismus muss enden.

In der Vergangenheit haben Sie gesagt, dass das, was derzeit im Gazastreifen geschieht, »einzigartig« ist. Können Sie das erläutern?

Der Gazastreifen ist der einzige Ort in Palästina, an dem unsere Flagge hochgehalten wurde. Die Flagge ist in Israel und in der ehemals von Jordanien annektierten Westbank verschwunden. Der Gazastreifen war stets das Zentrum des palästinensischen Widerstands: 1950 die Fedajin-Kämpfer, 1958 die Fatah. Auch politisch ist Gaza zentral: Ich nenne nur die Bildung der gesamtpalästinensischen Regierung im Oktober 1948, das Exekutivkomitee für die Flüchtlingskonferenz, der erste gewählte Palästinensische Legislativrat 1962, die erste palästinensische Delegation bei der UNO. Vertreter aus Gaza waren zudem maßgeblich an der Gründung der PLO im Jahr 1964 beteiligt.

Der Völkermord im Jahr 2023/2024 hat Gaza zum weltweiten Symbol für den Freiheitskampf gemacht.

Sie nennen den Gazastreifen ein »Konzentrationslager«. Das sorgt in Deutschland für Empörung. Warum halten Sie diese Bezeichnung für angemessen?

Der Gazastreifen ist das größte und am längsten aufrecht erhaltene solche Lager der Welt. Die Vorfahren der heutigen Bevölkerung, heute über zwei Millionen Menschen, wurden 1948 durch Massaker aus 247 Städten und Dörfern vertrieben. Ihre Heimat war der »Südliche Distrikt«, der 12.500 Quadratkilometer umfasst. Heute leben diese Menschen eingepfercht im Gazastreifen, der mit 365 Quadratkilometern nur 1,3 Prozent der Fläche Palästinas ausmacht. Die Bevölkerungsdichte beträgt 8.000 Einwohner pro Quadratkilometer. Die 150.000 aus Europa stammenden israelischen Siedler wohnen derweil auf dem gestohlenen Land. Dort beträgt die Bevölkerungsdichte sieben Einwohner pro Quadratkilometer.

Interview: Jamal Iqrit



“

Mein Vater musste sich 2008 in Jerusalem einer dringenden Operation am offenen Herzen unterziehen, und ich konnte nicht zu ihm kommen, weil Israel mir die Erlaubnis verweigerte; Ich musste den Schmerz ertragen, drei Tage lang warten zu müssen, um zu erfahren, ob mein Vater noch lebte oder nicht.

Abweichende Meinungen zum Israel-Gaza-Krieg

Am 7.10.23 startet die Hamas einen Angriff auf Israel, und diesmal gelingt ihr ein blutiger Anschlag auf das ansonsten von allen israelisch-palästinensischen Feindseligkeiten erfolgreich abgeschirmte Kernland in etwas ungewohnter Dimension. Die ersten tiefeschürfenden Analysen reichen von „Absolut unprovokierter Terror!“ bis zu „Das musste ja irgendwann so kommen!“, ergänzt um die bangen bis hoffnungsfrohen Erwartungen eines gewaltigen israelischen Gegenschlages und Fragen nach den „Perspektiven für die Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten“, aus der die Palästinenserfrage doch so gründlich getilgt worden ist. Da bleibt freilich kein Platz für die Frage, warum es die „Sache der Palästinenser“ so und nur so: als periodischen Terror gegen Israel gibt. Diese Erklärung findet sich im GEGENSTANDPUNKT-Artikel ‚Gaza-Krieg 2014: Israels Kampf um die Einstaatenlösung‘.

Wie jedes Mal beweist die deutsche Öffentlichkeit auch bei der jüngsten Auflage der nahöstlichen Gewaltorgie – bei allem inszenierten Erschrecken – ihr erstaunliches Unterscheidungsvermögen in Sachen solcher Gewalt und solcher Gewalt, solchen Opfern und solchen Opfern, solchen und solchen Gewaltsubjekten... Die gemeine, überhaupt nicht spezifische Logik der moralischen Einordnung der kriegerischen Gewalt andernorts, ihr Verhältnis zum wirklich gültigen politischen Standpunkt, den die hiesige Staatsmacht zu

dem nahöstlichen Gewaltgeschehen und seinen Subjekten einnimmt, und in diesem Zusammenhang die spezifische deutsche Stellung zu Israel und seinen Gegnern, über die nach offiziellem und öffentlichem Geschmack mit der Parole „Solidarität mit Israel ist deutsche Staatsräson“ alles gesagt sein soll, wird kritisiert in dem Artikel ‚Anmerkungen zum allgemeinen Verhältnis von Krieg, Kriegsmoral und Kriegsöffentlichkeit sowie zu einer deutschen Besonderheit‘ aus dem Jahr 2021.

Darüber hinaus ist Grundsätzliches zur einzigartigen israelischen Staatsräson im Artikel ‚Israel 2019: Imperialistische Musterdemokratie in zionistischer Mission‘ aufgeschrieben. Mit den letzten Fortschritten Israels hinsichtlich der faktischen Erledigung der Palästinenserfrage und der Zeit der Staatskrise kurz vor Ausbruch des jetzigen Krieges befasst sich der Artikel ‚Die Heimstatt des jüdischen Volkes in Aufruhr: Anmerkungen zum Zusammenhang zwischen dem Erfolg der israelischen Kein-Staat-Lösung für Palästina und der Staatskrise in Israel‘.

Die vier älteren Ausgaben des GEGENSTANDPUNKT (Nr. 3-14, 4-19, 3-21, 3-23), die die genannten Artikel zu den Ereignissen zwischen 2014 und dem Beginn des aktuellen Krieges 2023 enthalten, sind in der Druckausgabe als Paket zum Sonderpreis von 24 Euro erhältlich. Die Ausgaben 4-23 und 1-24, die die aktuellen Ereignisse beleuchten, sind im Paket nicht enthalten; sie können auf Wunsch separat für jeweils 15 Euro dazu bestellt werden:

Gegenstandspunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München; Tel.: 089-2721604
gegenstandspunkt@t-online.de ■ gegenstandspunkt.com/dossier/israel-gaza-krieg



“

Ich habe 2018 einen langjährigen Freund fast persönlich kennengelernt, nachdem wir 18 Jahre lang nur telefonisch befreundet waren. Das einzige Mal, dass sich unsere Wege kreuzten, war, als er in Ramallah von israelischen Soldaten erschossen wurde. Er arbeitete als Fotograf für *Reuters* und wurde in dasselbe Krankenhaus eingeliefert, aus dem ich gerade entlassen wurde. Ich war zurück im Krankenhaus, um meine Behandlung fortzusetzen, konnte ihn aber nicht auf der Intensivstation besuchen, da es außerhalb der Besuchszeiten war; wir waren nur fünf Meter voneinander entfernt.

Die »Sicherheit Palästinas« sei »ein heiliges Gut in den Händen der arabischen Staaten« und die Arabische Liga im Sinne der Bestimmungen von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen »für die Wahrung von Frieden und Sicherheit in ihrem Gebiet verantwortlich«. So heißt es in einer Erklärung der Liga anlässlich des Beginns des arabisch-israelischen Kriegs im Jahr 1948, einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung Israels. Damals war die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung – bis zum Ende des Kriegs sollten mindestens 750.000 Menschen ihre Heimat verlieren – bereits in vollem Gange. Ohne die Nakba (Katastrophe) wäre die Schaffung eines mehrheitlich jüdischen Staates nicht möglich gewesen. Bei Verabschiedung der Balfour-Deklaration im Jahr 1917, in der den europäischen Juden eine »nationale Heimstätte« in Palästina versprochen wurde, waren 95 Prozent der dortigen Bevölkerung arabisch.

Eingesetzt hatte die laut dem israelischen Historiker Ilan Pappé »ethnische Säuberung« bereits vor der Ausrufung Israels. Schon der Gründungsvater des Zionismus, Theodor Herzl, gab Jahrzehnte zuvor die Marschrichtung vor: »Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Land jederlei Arbeit verweigern.« Pappé rekurriert auf den Monate vor der Staatsgründung Israels beschlossenen »Plan Dalet«. Dieser habe detailliert »die Einsatzmethoden zur Zwangsräumung« vorgegeben, von »großangelegten Einschüchterungen, Belagerung und Beschuss von Dörfern und Wohngebieten; Niederbrennen der Häuser mit allem Hab und Gut; Vertreibung; Abriss und schließlich Verminderung der Trümmer, um eine Rückkehr der vertriebenen Bewohner zu verhindern«. Der Einmarsch ägyptischer, syrischer, libanesischer und jordanischer Truppen habe den Versuch dargestellt, die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung zu stoppen.

Risse im Gefüge

Heute, im Mai 2024, haben die arabischen Machthaber dem seit inzwischen sieben Monaten tobenden Gazakrieg kaum mehr als leere Floskeln entgegenzusetzen. Teilweise unterstützen sie gar – mehr oder weniger offen – Tel Avivs Kriegführung. Deutliche Risse im arabischen Gefüge hatten sich allerdings schon vor der Etablierung des israelischen Staates gezeigt: Zwar bezog sich elf der 1945 von der gerade erst gegründeten Arabischen Liga verabschiedeten 17 Resolutionen auf Palästina, und im September 1947 votierte deren politisches Komitee für die Entsendung arabischer Truppen, sollte die UN-Vollversammlung für eine Teilung Palästinas stimmen. Aber zugleich traf sich der haschemitische König

Verrat an Palästina

Arabische Staaten verfolgen im Nahostkonflikt eigene Interessen, statt israelischer Aggression geschlossen entgegenzutreten. **Von Wiebke Diehl**



Körper gegen Bulldozer: Eine Palästinenserin versucht mit den letzten Mitteln, die Zerstörung ihres Hauses in Beit Lahia zu verhindern (8.10.2001)

Abdullah von Transjordanien, der die Gründung eines großsyrischen Königreichs unter Einbezug Palästinas verfolgte, im geheimen mit Golda Meir, der damaligen Leiterin der politischen Abteilung der Jewish Agency und späteren Premierministerin Israels. Er informierte sie über seine Pläne, im Falle einer Teilung Palästinas den arabischen Teil zu annektieren.

Während Ägypten nach dem verlorenen Krieg – Israel kontrollierte jetzt 78 Prozent des historischen Palästinas – mit Unterstützung Saudi-Arabiens versuchte, doch noch einen autonomen palästinensischen Staat auf dem verbliebenen Land zu errichten, berief das entstehende Königreich Jordanien im Dezember 1948 einen palästinensischen Kongress ein, der die jordanische Souveränität über Palästina anerkannte. Der Gazastreifen wurde bis zu seiner Eroberung durch Israel im Krieg von 1967 von Ägypten kontrolliert. Als Israel nicht nur die Förderung der gezielten jüdischen Einwanderung intensivierte, sondern sich auch weigerte, entsprechend der UN-Resolution 194 den palästinensischen Flüchtlingen ihr Rückkehrrecht zuzugestehen, wurde den arabischen Führungen zunehmend klar, dass sie nicht nur die Vertriebenen auf lange Sicht würden beherbergen müssen, auch wenn sie – am Rückkehrrecht festhaltend – größtenteils bis heute deren Einbürgerung verweigern. Sie sahen auch ihre eigenen Grenzen bedroht – eine Sorge, die der Einfall der israelischen Armee gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich auf der Sinaihalbinsel im Jahr 1956 in Reaktion auf die Verstaatlichung des Suezkanals durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser verstärkte.

Die Bedrohungslage bewirkte aber keinesfalls Geschlossenheit. Vielmehr verstärkten sich die innerarabischen Spannungen im Zuge der Blockkonfrontation im Kalten Krieg noch einmal erheblich. Nachdem Israel im Sechstagekrieg von 1967 in einer Blitzoffensive den ägyptischen Sinai, die syrischen Golanhöhen, den Gazastreifen und das Westjordanland besetzt hatte, standen zwar die arabischen Bevölkerungen weiter hinter den palästinensischen Widerstandsbewegungen. König Hussein von Jordanien aber ließ den von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)

errichteten »Staat im Staate« brutal und mit israelischer Unterstützung im »Schwarzen September« 1972 räumen. Ähnlich erging es der PLO im Libanon nach dem israelischen Einmarsch im Jahr 1982. Die palästinensische Bevölkerung war den nachfolgenden Massakern – insbesondere dem in Sabra und Schatila – fortan völlig schutzlos ausgesetzt.

Opportunismus obsiegt

Den bis dahin unvorstellbaren Tabubruch aber beging der ägyptische Präsident Anwar Al-Sadat, Nachfolger des 1970 an einem Herzinfarkt verstorbenen Abdel Nasser, der ein Verfechter der palästinensischen Sache gewesen war. Im Jahr 1977 reiste Al-Sadat nach Israel und sprach dort vor der Knesset. Trotz Protesten aus der arabischen Welt wurde im März 1979 unter der Ägide Washingtons ein israelisch-ägyptisches Friedensabkommen geschlossen, 1994 folgte Jordanien nach. Im Jahr 2020 unterzeichneten die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain, Marokko und der Sudan die vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump vermittelten »Abraham-Abkommen«. Dessen Nachfolger Joseph Biden drängt seit Jahren auf ein entsprechendes »Normalisierungsabkommen« zwischen Israel und Saudi-Arabien, das schon in einem 1981 von ihm vorgelegten Friedensplan implizit den Staat Israel anerkannt hat. Zwar hat es seine Bereitschaft zu einem Vertragsabschluss an die Gründung eines palästinensischen Staates gebunden, hält aber trotz der fortwährenden Massaker im Gazastreifen an ihr fest. Der Nichtumsetzung der Osloer Bestimmungen, dem fortschreitenden Siedlungsbau, der andauernden Vertreibung und der brutalen Niederschlagung der ersten und zweiten Intifada sehen die arabischen Machthaber seit Jahrzehnten weitgehend tatenlos zu.

Als die Hamas und andere bewaffnete Gruppen am 7. Oktober nach Israel eindringen, war gerade einen Tag zuvor das 50jährige Jubiläum des Jom-Kippur-Kriegs begangen worden, in den arabischen Ländern als Ramadan- oder Oktoberkrieg bezeichnet. Syrien und Ägypten hatten damals versucht, die im Sechstagekrieg besetzten Golanhöhen und den Sinai zurückzuerobern.

Die ölproduzierenden Länder, darunter die Golfstaaten, hatten zur Unterstützung ein Ölembargo gegen die USA verhängt und später auf die Niederlande ausgedehnt. Heute hingegen helfen die VAE, Saudi-Arabien und Jordanien Tel Aviv bei der Umgehung der von den jemenitischen Ansarollah verhängten Seeblockade für israelische Schiffe im Roten Meer, im Golf von Aden und inzwischen auch dem Indischen Ozean und dem Mittelmeer, indem sie Waren über den Landweg nach Israel transportieren.

Insbesondere die VAE kooperieren gerade im Sicherheitsbereich schon lange mit Israel – vor dem Vertragsschluss im Jahr 2020 im »geheimen« – und haben gemeinsam mit Tel Aviv sogar Militär- und Geheimdienststützpunkte auf der jemenitischen Insel Sokotra errichtet. Ägypten soll trotz seiner Beteuerungen, eine Vertreibung der Bevölkerung des Gazastreifens abzulehnen, Zeltstädte in einem durch eine Mauer abgegrenzten Areal errichten lassen. Und Jordanien half Israel, den USA, Großbritannien und Frankreich sogar bei der Abwehr iranischer Drohnen und Raketen in der Nacht zum 14. April. Die Rechte und Interessen der Palästinenser spielen allenfalls eine Rolle, wenn es darum geht, Fluchtwellen in die eigenen Länder zu verhindern oder die in überwältigender Mehrheit palästinensolidarische Bevölkerung zu »beruhigen«.

ANZEIGE

Neuerscheinung
 ISBN 978-3-96156-137-7
 17,50 Euro, 356 Seiten
 Überall im Buchhandel und unter
www.manifest-buecher.de

WOLFRAM KLEIN & SASCHA STANIČIĆ (HRSG.)
NAHER OSTEN IN FLAMMEN
 Marxistische Analysen zu Israel und Palästina
 manifest

ANZEIGE

Die Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof gegen den Staat Israel, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech

BoD Verlag, 25,00 €
 ISBN: 978-3-758375576



Ilan Pappé

Was ist los mit Israel?
 Die zehn Hauptmythen des Zionismus

BoD Verlag, 20,00 €
 ISBN: 978-3-75788-321-8

Der israelische Historiker Prof. Ilan Pappé, untersucht eine Reihe grundsätzlicher Annahmen, die unter anderem in der deutschen Öffentlichkeit weit verbreitet sind.

Zwischen Utopie und Realismus

Eine Einstaatlösung gilt als Bedrohung Israels. Das Konzept könnte auch den einzigen Weg aus der Krise weisen. **Von Jörg Tiedjen**

Über die Zukunft Israels und Palästinas zu diskutieren ist nicht erst seit Herbst vergangenen Jahres, mit dem Angriff der Hamas, ein Wagnis. Es ist weniger Konsens als ein Diktat, dass eine Einstaatlösung kein geeigneter Weg zur Beendigung des Nahostkonflikts ist und nur die Zweistaatenlösung mit einem Nebeneinander Israels und eines palästinensischen Staates gangbar und wünschenswert ist. Mehr noch muss jeder, der das Konzept eines binationalen Staates vertritt, damit rechnen, als »Antisemit« bezeichnet zu werden. Denn ein solches Konzept ist mit der Aufgabe israelisch-jüdischer Staatlichkeit und der Möglichkeit verbunden, dass jüdische Bürger zu einer Minderheit und damit erneut zu einer gefährdeten Bevölkerungsgruppe würden.

Dabei wurde eine Einstaatlösung in der Vergangenheit immer wieder vertreten. Bedeutende jüdische Intellektuelle wie der deutsche Philosoph Martin Buber setzten sich seit den 1920er Jahren im Rahmen der Organisation »Brit Schalom« (Friedensbund) für den jüdisch-arabischen Dialog und einen »binalationalen Staat« ein, »in dem die gleichen Rechte beiden Völkern zukommen«. Buber und andere sahen, dass die Rede vom »Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« nicht stimmte und die jüdische Einwanderung in Palästina darauf hinauslief, ein koloniales Siedlungsprojekt zu verwirklichen, das im Nahen Osten nicht geduldet würde.

Machbarkeit im Zentrum

Tatsächlich hatte die jüdische Einwanderung unter dem Vorzeichen britischer Kolonialherrschaft bereits vor der israelischen Staatsgründung zum gewaltsamen Konflikt geführt. Doch der Aufstand der palästinensischen Nationalbewegung von 1936 bis 1939 wurde von der britischen Kolonialmacht brutal niedergeschlagen. London verfolgte in Palästina eine Politik der doppelten Zunge. Auf der einen Seite war es Großbritannien, das sich mit der Balfour-Deklaration am Ende des Ersten Weltkriegs hinter die zionistische Bewegung stellte, die in Palästina eine »nationale Heimstätte« errichten wollte. Auf der anderen Seite gelangte London im »Weißbuch von 1939« zu dem Schluss, dass das Ziel eines sicheren Rückzugsortes für jüdische Menschen nur im Rahmen eines binationalen Staates zu erreichen sei.

Es geht also bei den Diskussionen um Einstaat- oder Zweistaatenlösungen nicht so sehr um hypothetische Überlegungen zur Zukunft, um die Frage, was wünschenswert wäre. Viel wichtiger waren und sind das Machbare, die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort. So fielen die Würfel in Richtung Zweistaatenlösung schließlich mit dem sogenannten Teilungsbeschluss der UNO, auf den die Ausrufung des Staates Israels folgte. Konsequenterweise hätte zugleich ein Staat Palästina eingerichtet werden müssen. Aber das scheiterte unter anderem an den Ansprüchen Jordaniens auf die Westbank.

In den Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis, die 1993 zum »Oslo-Friedensprozess« führten, galt die Zweistaatenlösung als »alternativlos«. Doch die Einsetzung der palästinensischen Autonomiebehörde hat bisher zu keinen Fortschritten der Palästinenser in Richtung eigener Staatlichkeit geführt. Im Gegenteil wurde eine Situation festgeschrieben, in der sich jüdische Siedlungen immer weiter ausdehnen und einem hypothetischen palästinensischen Staat jeden Platz rauben.



Während hinter der Mauer mit Protesten an die Nakba erinnert wird, bringen sich israelische Soldaten an der Sperranlage in Stellung (Kalandia, 15.5.2011)

Die Behörden in Ramallah fungieren dabei als Hilfskräfte der Besatzer. Damit wurden »Oslo« und seine Institutionen in den Augen vieler Palästinenser diskreditiert.

Angesichts dieser Entwicklung erfuh das Konzept der Einstaatlösung folgerichtig eine Wiederbelebung. Schon 1999 resümierte der palästinensische Philosoph und Diplomat Edward Said: »Nach 50 Jahren israelischer Geschichte hat der klassische Zionismus keine Lösung für die Existenz der Palästinenser gefunden. Deshalb sehe ich keine andere Möglichkeit, als anzufangen, davon zu sprechen, das Land, das uns zusammengebracht hat, gemeinsam zu nutzen, in einer wahrhaft demokratischen Weise, mit denselben Rechten für alle Bürger.«

Forderung der Linken

Was von der Zielsetzung her utopisch klingt, ging pragmatisch von der Überlegung aus, dass eine Zweistaatenlösung kaum mehr möglich ist und es de facto einen einzigen Staat gibt, der für das gesamte Territorium des historischen Palästinas verantwortlich ist – Israel. Für alle Einwohner, auch die in Gaza. Zwar zog sich die Armee 2005 von dort zurück, auch Siedlungen wurden aufgelöst. Das ändert aber nichts daran, dass Israel nach wie vor als Besatzungsmacht des Küstenstreifens zu gelten hat. Dieser Realität sollte endlich Rechnung getragen werden, indem sämtliche Einwohner Palästinas Bürger dieses Staates würden. Um den jüdischen Israelis dabei die Angst zu nehmen, in Zukunft von der palästinensischen Bevölkerung dominiert zu werden, schlug der Autor Sari Nusseibeh 2012 sogar vor, diese zwar in den israelischen Staat einzugliedern, ihr gleiche Rechte aber vorerst vorzuenthalten.

Heute stellt sich die Situation noch schwieriger dar. Mit dem jüngsten Gaza-Krieg hat sich der Nahostkonflikt auf eine Weise verschärft, dass ein friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Israelis kaum mehr denkbar scheint. Auch spielen einflussreiche Akteure im Nahen Osten weiter mit gezinkten Karten. Allen voran Israels Schutzmacht Nummer eins, die USA. Im April veröffentlichte *The Intercept* einen Artikel, aus dem hervorgeht, dass Washington eine staatliche Anerkennung

Palästinas, wie sie gegenwärtig verschiedene Länder bis hin zu den EU-Mitgliedern Irland oder Spanien vorantreiben, verhindern will. Die USA wollen eine Lösung des Nahostkonflikts vielmehr durch Aussöhnung Israels mit den arabischen Ländern erreichen. Also durch eine Bündnispolitik, wie sie der frühere US-Präsident Donald Trump mit seinen »Abraham-Verträgen« eingeschlagen hat. Abgesehen davon, dass unsicher ist, ob diese Allianzen den Krieg in Gaza überleben: Mehr als ein palästinensischer Vasallenstaat wäre nach diesem Ansatz kaum drin.

Schwer zu beantworten ist die Frage, wie Israelis und Palästinenser zu einer Einstaat-

oder einer Zweistaatenlösung stehen. Extreme Kräfte vertreten Maximalforderungen, also ausschließlich einen jüdischen oder umgekehrt einen islamisch geprägten Staat, wobei Israels Rechte traditionell Gebietsansprüche weit über die Grenzen Palästinas hinaus erhebt. Für einen binationalen Einheitsstaat dagegen setzen sich vor allem Linke ein, sowohl in Israel als auch unter Palästinensern. Doch die Linke schwächelt auf beiden Seiten, ihr Einfluss ist begrenzt. Ein Argument gegen die Einstaatlösung lautet denn auch, dass der Ansatz der israelischen Ultrarechten in die Hände spiele.

Laut Meinungsumfragen steht eine große Mehrheit der Palästinenser hinter der Zweistaatenlösung. Das kann aber auch daran liegen, dass andere Konzepte in der öffentlichen Diskussion bisher kaum eine Rolle spielten. Zudem wurde anscheinend nur bei einer Erhebung der libanesischen »Near East Consulting Group« 2007 explizit danach gefragt, ob die Teilnehmer »eine Einstaatlösung mit gleichen Rechten und Pflichten für Muslime, Christen und Juden« unterstützen würden. Dieser klar formulierte Vorschlag erhielt eine Zustimmung von ganzen 70 Prozent.



Ich habe einen meiner besten Freunde in Gaza verloren – auch Kameramann für *Reuters*, als ein israelischer Panzer ihn beschoss. Wir gingen zu seiner Beerdigung und ließen ihn gemeinsam in die Erde.

ANZEIGE

UZ-Friedenstage
23. – 25. August 2024

Franz-Mehring-Platz Berlin

**Gemeinsam kämpfen!
Gemeinsam feiern!**

Friedensmanifestation
Live-Musik | Open-Air-Bühne
Diskussionen & Workshops
Nationale & internationale Organisationen
Intern. Essen & kühle Getränke
Spielmöglichkeiten für Kinder

Save the date!

friedenstage.dkp.de

ANZEIGE

**DAS RECHT
AUF HILFE IST
NICHT VERHANDELBAR.
SPENDEN FÜR NOTHILFE
IN GAZA.**

DE69 4306 0967 1018 8350 02
medico.de/nothilfe-gaza

Foto: Mohammed Zaarour / Activistis



Israel hat einen anderen guten Freund von mir getötet, der zufällig auch für Reuters im Libanon arbeitete – und nie die Verantwortung dafür übernommen. Ich konnte mich nur von ihm verabschieden, weil ein anderer Freund sein Handy auf Issams Brust legte!

Ich könnte tagelang schreiben, wie Israel mein Leben ruiniert hat, das meines Vaters, das meiner Großeltern, aber euer Gewissen ist tot.

Die israelische Armee dringt in das Dorf Deir Al-Ghusun nördlich von Tulkarm ein, um ein Haus zu zerstören. Die Dorfbewohner setzen sich zur Wehr, zwölf Stunden lang. Die blutige Bilanz an diesem 4. Mai: Fünf Menschen werden erschossen, darunter wohl vier Hamas-Kämpfer. Das Haus und die gesamte Umgebung sind dem Erdboden gleichgemacht – Gaza in der Westbank.

Im Dorf Al-Sawija erschießt die Armee den Fahrer eines Krankenwagens, in dem Verletzte zum Krankenhaus in Nablus gebracht werden sollen, wie Haaretz-Mitherausgeber Gideon Levy gleichentags schrieb.

Siedler attackieren das Dorf Al-Mughajir bei Ramallah am 12. und 13. April. Der Angriff ist keineswegs spontan, sondern vielmehr klar geplant und bestens organisiert, wie die Journalistin Amira Hass am 2. Mai berichtete.

Einen Tag später wurde bekannt, dass Adnan Al-Bursch, Orthopäde im Schifa-Krankenhaus in Gaza, im Ofer-Gefängnis nördlich von Jerusalem schon am 19. April »gestorben« war. Die palästinensische Gefangenengruppe machte Israel verantwortlich für seinen Tod, der »Teil einer systematischen Kampagne gegen Ärzte und das gesamte Gesundheitswesen im Gazastreifen« sei. Al-Bursch war im Dezember verhaftet worden, als er Patienten im Al-Auda-Krankenhaus behandelte, berichtete CNN am 3. Mai.

Systematische Gewalt

Der Alltag in der Westbank ist bestimmt von brutaler Gewalt durch Armee und Siedler, durch einen systematischen und sich verschärfenden Prozess der »ethnischen Säuberung«, durch Folterungen und Tod in israelischen Gefängnissen. Aber was ist der Hintergrund für diese nicht enden wollende Nakba? Im Junikrieg 1967 hatte die israelische Armee Ostjerusalem, die Westbank und den Gazastreifen okkupiert. Die Besetzung dauert seitdem an.



Ob Gaza, Westbank oder Ostjerusalem: Palästinensische Häuser sind nirgendwo sicher vor israelischer Zerstörungswut und Kollektivbestrafung (Hebron, 28.12.2021)

Nakba ohne Ende

Israel hat mit seiner Siedlungspolitik eine Zweistaatenlösung unmöglich gemacht. Unter der Ultrarechtsregierung wird Vertreibung intensiviert. **Von Helga Baumgarten, Jerusalem**

Ostjerusalem wurde 1980 von Israel annektiert und zur ewig unteilbaren Hauptstadt des jüdischen Staates, so die israelische Diktion. Damit verstößt Israel klar gegen internationales Recht, und weder die USA noch Europa erkennen den neuen »Status quo« an.

In der Westbank und im Gazastreifen leben die Menschen inzwischen seit 47 Jahren unter der Besetzung – als Menschen ohne politische Rechte. Israel ist de facto der Souverän im gesamten historischen Palästina: vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer. Die Bewohner Ostjersalems erhielten direkt nach dem Junikrieg 1967 israelische Personalausweise, die ihnen ausschließlich Aufenthaltsrechte gewähren. Diese können jedoch jederzeit entzogen werden. Seit 1967 hat Israel 14.595 Palästinensern in Jerusalem die permanente Aufenthaltsgenehmigung entzogen.

Seit Beginn der Besetzung 1967 ist ein Prozess der Vertreibung im Gange, intensiviert seit 2023. Die Armee nimmt – zusammen mit den kolonialistischen israelischen Siedlern – isolierte palästinensische Orte ins Visier. Seit Anfang vergangenen Jahres wurden 157 Familien vertrieben, das sind 1.056 Menschen, 398 davon Kinder. Schwerpunkte sind die Gegend südlich von Hebron (Masaf Jatta), das gesamte Jordantal sowie die Gegend südöstlich von Nablus. Die Vertreibungen werden grundsätzlich mit Gewalt durchgeführt, und sie werden ununterbrochen fortgesetzt. Allein im Januar 2024 geht die israelische Hilfsorganisation B'tselem von 62 Erschossenen aus, davon 14 Kinder.

In Ostjerusalem, im Stadtteil Scheich Dscharah, vertreiben Siedler und Polizei bzw. Grenzbeamte oft mit Hilfe problematischer Rechtsprechung – auf der Basis des Legal and Administrative Matters Law aus dem Jahre 1970 – schon seit Jahren ganze Familien aus ihren Häusern. Die während der Nakba 1948 vertriebenen Familien hatten die Häuser offiziell vom UN-Palästinenserhilfswerk (UNRWA) erhalten, abgesegnet von der jordanischen Regierung, unter deren Souveränität Ostjerusalem und die Westbank bis 1967 standen. Erst vor wenigen Tagen erhielt die Familie Diab – 23 Menschen sind betroffen – die gerichtliche

Anweisung, ihr Haus zu verlassen und für jüdische Siedler freizumachen.

Silwan, südlich von der Altstadt gelegen und direkt angrenzend an die Stadtmauer, ist der zweite Schwerpunkt von Israels Vertreibung. Gerade erhielt die Schehada-Familie den Bescheid, dass ihre Ausweisung nun gerichtlich abgesegnet sei. Ihr Eigentum fällt nun in die Hand der extremistischen Siedlerorganisation »Ateret Cohanim«.

Tatsachen geschaffen

Israel hatte direkt nach dem Junikrieg 1967 mit dem Bau von Siedlungen begonnen, in klarer Verletzung internationalen Rechts. Israels erster Staatschef David Ben-Gurion forderte dies ganz offen. Shimon Peres, späterer Nobelpreisträger, entwarf 1967 einen detaillierten Siedlungsplan, der sukzessive umgesetzt wurde.

2017 legte der derzeitige israelische Finanzminister Bezalel Smotrich, selbst Siedler in Kedumim, ein neues Gesetz vor, das »Judea and Samaria Settlement Regulation Law«. Im selben Jahr publizierte er seinen Plan zum »Sieg über die Palästinenser durch Besiedlung«. Er betrachtete ihn, wie er im Februar in einem ausführlichen Interview im New Yorker darlegte, als die entscheidende Grundlage für einen jüdischen Staat »from the river to the sea«. Hunderttausende neue Siedler sollten in die Westbank kommen. Die einheimischen Palästinenser hätten dann nur zwei Optionen, entweder als Menschen ohne politische Rechte zu bleiben oder aber auszuwandern bzw. vertrieben zu werden.

Eine entscheidende Erweiterung erfolgte mit dem Nationalstaatsgesetz 2018. Dort lesen wir: »Der Staat betrachtet die Entwicklung jüdischer Siedlungen als ein nationales Gut und wird ihren Bau und ihre Konsolidierung unterstützen und fördern.« Die Realität in der Westbank änderte sich dadurch nicht, da dies de facto Israels Politik seit 1967 war. Jetzt können die Siedler jedoch legal auf staatliche Unterstützung pochen.

Oslo, präziser der »Osloer Verhandlungsprozess« seit 1993, führte nicht, wie seitens der Palästinenser und international gehofft worden war, zu einem unabhän-

gigen palästinensischen Staat. Ganz im Gegenteil. Statt Siedlungen abzubauen, expandierte Israel diese in extremer Weise und machte damit einen palästinensischen Staat unmöglich, indem für ihn kein Land mehr bleibt.

Die Zahlen für die Westbank zeichnen ein eindeutiges Bild. 1993 gab es 116.300 Siedler in 128 Siedlungen, 2000 war ihre Zahl auf 198.300 angestiegen. 2022 sind die Palästinenser mit 478.600 jüdischen Kolonisten in 146 Siedlungen sowie 155 sogenannten Outposts konfrontiert. Neu sind zwei große ultraorthodoxe Siedlungen, Beitar Illit and Modiin Illit mit 150.000 Bewohnern. Die Siedler machen fünf Prozent der israelischen Bevölkerung aus. In der Westbank, wo 2.816.000 Palästinenser leben, sind es 15 Prozent.

Die Entwicklung in Ostjerusalem verlief ähnlich. 1993 gab es zwölf große Siedlungen, darunter Ramot, Pisgat Zeev sowie Gilo. Dort siedelten 140.000 jüdische Israelis in einem Ring rund um Ostjerusalem, der sukzessive enger wird. 30 Jahre nach Oslo leben dort 230.000 Siedler. Neu sind die Siedlungen Har Homa sowie Ramat Schlomo, zusätzlich zu den 3.000 Siedlern mitten in palästinensischen Stadtvierteln.

Die Realität in der Westbank und in Ostjerusalem führt jeden, der Augen hat zu sehen, zu einer klaren Schlussfolgerung: Israel hat mit seiner kolonialistischen Siedlungspolitik, die heute ausgeprägter ist als je zuvor, eine Zweistaatenlösung unmöglich gemacht. Eben das war und ist das Ziel aller Regierungen seit 1967 als unausweichliche Konsequenz von Siedlerkolonialismus und Apartheid.

Helga Baumgarten ist eine deutsche Politikwissenschaftlerin und Autorin mehrerer Standardwerke zum Nahostkonflikt. Bis zu ihrer Emeritierung 2019 unterrichtete sie an der Birzeit-Universität in Ramallah im Westjordanland. Sie lebt in Ostjerusalem.

Palästina. Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1991

Vier Bücher erklären den historischen Verlauf + das Ziel der schlimmen Dinge, die in Palästina durch Hamas + Israel seit langem + täglich weiterhin geschehen. Ein Buch beschreibt, wie das Wort „Antisemitismus“ zu Verleumdungen in Deutschland genutzt wird.

Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas (bis zur Staatsgründung Israels 1948)
ISBN 9783864892585, 413 S., 24,00 €

Nurit Peled-Elhanan: Palästina in israelischen Schulbüchern (ab Staatsgründung)
ISBN 9783981891676, 289 S., 29,90 €

Ulrich Duchrow: Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel – Band 2
ISBN 9783982553818, mit 4 Kairos-Heften, 258 S., 24,00 €

Ulrich Duchrow: Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel – Jenseits von Luthers Feindbildern – Band 1
ISBN 9783981891621, 241 S., 19,90 €

Karin Wetterau: Neuer Antisemitismus? Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne
ISBN 9783849817015, 141 S., 18,00 €

Wer 1 Buch bestellt, erhält ein Sonderangebot für weitere Exemplare

Bestellen per 0 62 32-2 89 00 98 oder Mail verlag@stiftung-hirschler.de oder in Ihrer Buchhandlung; aber nicht bei Amazon.

Kriegshetze to go? Nicht mit uns!
1.400 Probeabos für den Frieden!

2 Wochen testen.
Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-84 • abo@jungewelt.de